

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 20 vom 18. Mai 1984

18. Jahrgang

1 DM

Rechtes Recht

Die Reihe der Skandalurteile der höchsten bundesdeutschen Gerichte reißt nicht ab. Neuester Fall: eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin zum Asylrecht.

In Hamburg hatten zwei türkische Staatsangehörige vom dortigen Oberverwaltungsgericht Asyl gewährt bekommen, weil sie nachweislich in der Türkei verfolgt wurden, Mißhandlungen und Folter ausgesetzt waren.

Die Hamburger Richter meinten: „Maßnahmen, die ein Staat zur Herrschaftssicherung ergreift, sind politisch.“ Das Bundesverwaltungsgericht bemängelte diesen „falschen Begriff von politischer Verfolgung“ und hob das Urteil auf. Das Hamburger Gericht habe doch bitte schön zu prüfen, ob die strafrechtliche Verfolgung wirklich nur ein Vorwand war, um politisch Andersdenkende zu treffen oder nicht. Kann ein solcher Beweis nicht erbracht werden, so ist trotz Folter und Mißhandlung Asyl nicht drin!

Kalte Füße

„Nur keine Panik“ — Udo Lindbergs beliebter Beruhigungsspruch zog bei den DDR-Machthabern wohl nicht.

FDJ-Funktionär Reinhard Heinemann schrieb dem „lieben Udo“, eine seinen „Wünschen entsprechende Tournee“ sei leider „nicht durchzuführen“. Udos Wünsche: freier Kartenverkauf und Open-Air-Konzerte waren im vergangenen Herbst zunächst akzeptiert worden. Obwohl sich westdeutschlands Rock-Institution Lindenberg in den letzten Monaten immer äußerst brav gegenüber der DDR verhielt, lud man ihn wieder aus.

Vielleicht liegt das auch am Aufstieg des FDJ-Funktionärs Egon Krenz, der ursprünglich als Befürworter der Tournee galt. Egon Krenz ist jetzt SED-Politbüromitglied und für Jugend- und Sicherheitsfragen zuständig. Sein neuer Aufgabenbereich — die Sicherheit — ist bestimmt der Grund für die Absage. Denn was ein locker losrokkender Udo Lindenberg in großen Stadien der DDR-Jugend vermitteln könnte, kann einem SED-Politbüromitglied und Sicherheitschef schon die junge Karriere kosten.

Aussperrungsterror der Unternehmer

Gegen Unternehmerwillkür — Streik ausweiten!

Die Streikfront im Tarifbezirk Nordbaden/Nordwürttemberg steht in allen Betrieben, in denen die IG Metall zum Streik aufgerufen hat. Seit Montag 0.00 Uhr werden 15 Zulieferbetriebe der Automobilindustrie bestreikt. Für den Tarifbezirk Hessen wurde der Streikbeginn auf nächsten Montag festgesetzt.

Die Metallindustriellen Baden-Württembergs haben offiziell Aussperrungsmaßnahmen beschlossen, die am nächsten Dienstag beginnen sollen. Eine zentrale Rolle in der Anti-Streikstrategie der Unternehmer aber soll offensichtlich die sogenannte kalte Aussperrung spielen: praktisch alle großen Konzerne des Automobilbaus haben Stilllegungen der Produktion angekündigt, die mit Materialmangel infolge der Streikaktionen in der Zuliefererindustrie begründet werden.

Offensichtlich geht es den Unternehmern aber in Wirklichkeit darum, durch massiven Aussperrungsterror die Initiative im Arbeitskampf zurückzugewinnen, der IG Metall die Taktik des Kampfes zu diktieren. Dagegen gibt es nur ein wirksames Mittel: die Streiks müssen auf alle wichtigen Großbetriebe und alle Tarifbezirke ausgeweitet werden!



Von wegen „Aufschwung“

Arbeitslosigkeit wächst

Alle Monate wieder, wenn aus Nürnberg die amtlichen Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der BRD kommen, geht das große Bonner Spiel weiter: Lichtstreifen werden geschaltet, Besserungen gespürt und dergleichen mehr, was der Darstellung Bonner Politik dienen könnte. Die Tatsachen sehen wesentlich anders aus, als es die Regierung und die sie tragenden Parteien glauben machen möchten. Die Arbeitslosigkeit ist keineswegs sozusagen auf dem Wege der Beseitigung.

Gerade nach den Aprilzahlen, als eine Schönwetterperiode herrschte, gab es Zweckoptimismus aus Bonn. Zieht man von der Zahl der Arbeitslosen aber jene ab, die witterungsbedingt und durch andere saisonale Faktoren regelmäßig kurzfristig arbeitslos sind, dann hat sich die Zahl der Arbeitslosen, derjenigen, die wirklich ihren Arbeitsplatz einbüßen, auch im letzten Monat wieder um rund 20000 erhöht.

„Saisonbereinigt“ heißt das, und so unterschiedliche Blätter

wie der „Spiegel“ oder das „Handelsblatt“ verkünden lapidar die Ergebnisse der Nürnberger Statistik: „Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit wächst weiter an“.

Diese Entwicklung macht auch deutlich, daß die Grundthese der CDU-Propaganda in der Wirtschaftspolitik, es müßten nur genug Gewinne da sein, dann würde investiert, die Produktion gesteigert und damit auch neue Arbeitsplätze geschaffen, einfach nicht stimmt.

Ein Wachstum von drei Prozent in der Produktion hatte, aufgrund der Rationalisierungszüge in den Betrieben, keinerlei Auswirkung auf die Zahl der Arbeitslosen. Nun gab es im Vormonat einen deutlichen Produktionsrückgang...

Daß die Arbeitslosigkeit immer mehr zu einem echten sozialen Problem größten Ausmaßes wird, zeigt auch die Tatsache, daß inzwischen rund 39 Prozent der registrierten Arbeitslosen nur noch Arbeitslosengeld bezogen. Die anderen: Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe oder gar nichts.

Was alles nicht nur erneut beweist, wie wichtig die 35-Stunden-Woche ist. Sondern auch, wie sehr die Arbeitslosigkeit zu diesem kapitalistischen System gehört, in dem wir leben.

Diese Woche

Streikbericht aus Baden-Württemberg
— Seite 3

Widerstand gegen Entlassung von Betriebsräten bei BMW Westberlin —
Seite 4

Nicaragua: Zur Lage in den Problemgebieten, Reisebericht
Seiten 10/11

Sowjetischer Olympiaboykott nach US-Provokationen

Das gleiche Spiel wie bei den letzten Spielen?
Das Ende von Olympia?

Der Boykott der olympischen Spiele durch eine Supermacht und ihre treuesten Vasallen, vor vier Jahren von breiten Teilen der demokratischen Weltöffentlichkeit kritisiert, ist jetzt auch Mittel der Politik der UdSSR geworden. Trotz offenkundiger Provokationen, die in den USA im Vorfeld der Spiele vorbereitet wurden, ist das Mittel Boykott dadurch, daß es die Sowjetunion anwendet, nicht anders zu beurteilen als vor vier Jahren, als es auch die KPD kritisierte und nach Kräften gegen den Boykott eintrat.

Es ist unbestritten, daß die sowjetischen Sportler sich in Los Angeles verschiedensten Kampagnen von extrem antikommunistischen Kreisen, Exil-Russen und Exil-Kubanern hätten aus-

merrufen aus Bonn. Die Einseitigkeit des letzten Boykotts sorgen sich auf einmal um Olympia. Genscher selbst will in Moskau intervenieren, derselbe Genscher, der vor vier Jahren



setzen müssen. Aber das sowjetische NOK hätte Garantien für die Sicherheit seiner Sportler verlangen können, antisowjetische und antikommunistische Kampagnen wären vor den Augen der sportinteressierten Weltöffentlichkeit eher auf die Gastgeber, die USA zurückgefallen, als daß sie echte Gefahren für die Olympiamannschaft der UdSSR gewesen wären.

So falsch die Boykottpolitik ist, die die Olympiaden jetzt wohl endgültig kaputt machen wird, so verlogen sind die Jam-

Jimmy Carters Boykott gegen die Sportler und viele andere Menschen durchgesetzt hat. Diese Heuchler, die sich jetzt um den Bestand der Olympischen Spiele Sorgen machen, haben dieses üble Spiel um die Spiele vor vier Jahren selbst begonnen!

Mit unverhohlener Schadenfreude betrachten wir allerdings die großen Sponsoren, die Werbetreibenden von Los Angeles, die ihre immensen Ausgaben jetzt bei weniger attraktiven Spielen in den Wind gesetzt sehen.

Erneut Diätenerhöhung für Abgeordnete vorbereitet

Am 24. Mai soll der Ältestenrat des Bundestages über die neueste Erhöhung der Bezüge der Abgeordneten befinden. Die über 12500 Mark, die jeder monatlich an „Entschädigung plus (steuerfreier) Kostenpauschale“ bezieht, sollen um mindestens 3 Prozent angehoben werden. Das sind dann runde 400 Mark im Monat mehr für jeden.

Die Öffentlichkeit hat sich fast schon daran gewöhnt: Sparappelle, Verzichtspredigten an die arbeitenden Menschen (und die Arbeitslosen bekommen diktiert) und zur gleichen Zeit Bezugserhöhung für die Herren „Volksvertreter“. Seit dem letzten Jahr gibt es sogar eine gesetzliche Regelung für jährliche Erhöhung.

Oft genug wurde zur Begründung dieser Unverschämtheit angeführt, es gehe dabei darum, die „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ des Abgeordneten zu erhalten, um ihn in seinen politischen Entscheidungen freizuhalten. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, das zeigt ja nun gerade in diesen Tagen der Plan, den Finanziers der

Parteien für ihren dabei begangenen Steuerbetrug einen Persilschein auszustellen (und Empfänger in Bonn ebenso).

Der 24. Mai, das kommt hinzu, ist auch der Tag an dem, nach Kohls Strategie, der Coup mit dem sogenannten Amnestiegesetz gelandet werden sollte: erste Lesung im Bundestag.

Ein vielleicht zufälliges, nichtsdestoweniger aber bezeichnendes Zusammentreffen zweier Dinge, die deutlich machen, wie wenig dieser Bundestag eine Volksvertretung ist. Was auch immer da geschehen mag, oder auch nicht, eines ist gewiß: Die nächste Sparmaßnahme kommt bestimmt. Aber sicher nicht auf Kosten der dubiosen Amnestievereinigung.



„Eine ehrenwerte Gesellschaft“

Die Tatsachen, die im Zusammenhang mit dem Amnestiegesetz für Steuerbetrüger in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit kamen, bestätigen zahlreiche Vermutungen und Teilberichte, die es schon im Zusammenhang mit der Affäre Flick an Lambsdorff gegeben hatte. Ein Gesetz, an dessen Zustandekommen, zumindest nach der ursprünglichen Planung als geheime Kommandosache, auch mindestens 23 Abgeordnete der Regierungskoalition mitbeteiligt wären, die selbst zu den Tätern gehören. Ein Gesetz, das von und für eine wahrhaft „ehrenwerte Gesellschaft“ gemacht ist, mit dem Bundeskanzler als „Paten“.

Schaut man sich die offiziellen Spendenerklärungen der drei etablierten Bonner Parteien an, so haben im Zeitraum 1972 bis 1982 bezogen: Die FDP 89 Millionen, die SPD 118 Millionen, die CDU/CSU 460 Millionen.

Daneben aber gab es noch die jetzt ins Gerede gekommenen „schwarzen Kanäle“. Mindestens ein halbes Dutzend politischer Vereine und sogenannter Beraterfirmen waren für jede der heutigen Koalitionsparteien tätig, für die CDU meist über die „Vaduz-Connection“, für die FDP meist im Inland. Seit zehn Jahren wird ermittelt, seit Jahren steht die „Lex Flick“ und Graf Lambsdorff im Mittelpunkt, nun geht es sozusagen

ums Ganze. Um den ganzen Komplex der konkreten Beziehungen zwischen der Großfinanz und der Bonner Politik.

Die CDU/CSU, die schon offiziell einen Spendenanteil aufweist, der fast viermal so hoch ist, wie der der SPD, hat auch hier am meisten abgehaut. Allein über die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ hat sie im obengenannten Zeitraum fast weitere 200 Millionen einkassiert. Großspender, die nicht genannt wurden, auch dies ein Aspekt, weil durch zu viele von ihnen natürlich die „Nähe“ der Partei und des Großkapitals allmählich sichtbar geworden wäre. Das Geld floß also in Strömen an die Konservativen. Ge-

nügend Konzerne haben ja ihre Leute in der Partei, sowohl in CDU als auch in CSU, so daß die Verbindung für solche dunklen Transaktionen engster Art waren.

Hunderte von Millionen Mark, die da flossen, bedeuteten aber auch Hunderte von Millionen Mark nichtbezahlter Steuern. Betrieben von denselben Leuten, die ewig und drei Tage mit der Parole von der Staatsverschuldung ihre Politik des Sozialabbaus begründen. Und von ihnen jetzt straffrei gestellt — falls der Coup nicht doch noch mißlingt, wegen der FDP-Angst vor der 5-Prozent-Grenze.

Daß sie alle wußten, was sie tun, auf beiden Seiten, das zeigt ein Rückblick auf den Fall Falsolt, der wegen dieser Art der Steuerbetrügerei im Verein mit der CDU seine Geldstrafe bezahlen mußte und dies auch tat, wohl wissend, daß ansonsten, im Jahre 1978, das für ihn und seinesgleichen einen Rückschlag in der öffentlichen Meinung bedeuten würde.

Alles dies zeigt immer deutli-

cher, daß all die Schutzbehauptungen von Kohl und Co., die oft genug in hehren Worten gekleidet sind, nichts anderes sind als ein bewußter Versuch, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, die Tatbestände abzuleugnen — kurz das, was man im Volksmund eine Lüge nennt.

Wegen Terroristenfahndung festgenommen...

wurden vier junge Leute letzte Samstagnacht in Memmingen (Allgäu). Sie hatten Plakate verklebt, mit denen nach Mitgliedern einer dort so bezeichneten „kriminellen Vereinigung“ gefahndet wurde. Gefahndet wurde auf diesen Plakaten nach Kohl, Strauß, Genscher, Stoltenberg, Lambsdorff und Zimmermann. Für die Polizei war dies eine „Verleumdung von Personen des politischen Lebens“, Grund genug zur Festnahme.

Mehrheit auf dem Parteitag, lauthals unterstützt von allen Ehrenmännern à la Dregger, Stoltenberg, Kiep und Co. Auch wenn es nur wenig mehr war als eine Zweidrittelmehrheit: sie war solide. Einfach deshalb, weil es genügend Delegierte gab, auch solche, die „nur“ in einem Landesparlament sitzen, die selbst davon betroffen sind, das geht weit über jene 23 aus dem Bundestag und der Regierung hinaus, die überall — zu Recht — im Mittelpunkt stehen.

32. Bundesparteitag der CDU (I)

„Kongreß der Weißwäscher“

Der 32. Parteitag der CDU, der zweite nach Kohls Regierungsübernahme, sollte eigentlich einer Reihe von Themen, insbesondere der „Steuerreform“ und der Verabschiedung der „Stuttgarter Leitsätze“ zur Wirtschaftspolitik dienen. In der Tat wurden diese Themen auch behandelt, und der „Rote Morgen“ wird in einer Reihe von Artikeln dazu Stellung nehmen. Aber im Vordergrund dieses Parteitags in der Stuttgarter Schleyer-Halle stand die neueste Affäre dieser Regierung, das Amnestiegesetz.

Die Tatsache, daß nicht einmal 69 Prozent der abstimmungsberechtigten Delegierten für ein solches Gesetz stimmten, (die Zahl 73 Prozent wurde durch eine Manipulation, durch das Nichtzählen der Enthaltungen zustandegebracht), zeigt, daß viele in der CDU vor allem eines haben: Angst vor dem Echo. Eine Haltung, die zwar aufgrund der Lage in Genschers FDP noch viel verbreiteter ist, die aber auch auf dem Parteitag der CDU ihren für die Verhältnisse dieser Partei sehr deutlichen

Ausdruck fand.

Auf dem Parteitag zog die Bonner Riege der CDU alle Register. Von der Rechtssicherheit, die wiederhergestellt werden mußte, war ebenso die Rede wie erneut von der zu verhindernden „Kriminalisierung“ ehrbarer Bürger usw. usw.

In der Tat eine beispiellose Ansammlung von verdrehten Tatsachen. Wo es darum geht, Steuerbetrüger nachträglich freizusprechen, da sagt Kohl Rechtssicherheit. Wo es darum geht, geheime Absprachen und Transaktionen zu decken, da wird Schutz vor Kriminalisierung gefordert.

Viel der daran geäußerten Kritik in den eigenen Reihen oder der parteinahen Presse, einschließlich Springers Revolverblätter, bezieht sich dabei auf die Vorgehensweise. Die ja in der Tat zeigt, wie wenig ein solches Organ wie der Bundestag seinen ständigen Lobrednern eigentlich bedeutet. Andererseits bleibt es eine Tatsache, daß ein solches krummes Ding, wie es Kohl und Co. hier drehen wollen, ja nur so überhaupt eine Chance hatte durchzukommen, wenn es möglichst überraschend

auftauchte und behandelt wurde.

Von schlechter Taktik zu reden, ist wahrlich nicht angebracht. Der Zweck diktierte eine solche Vorgehensweise, und die Allianz aus einzelnen Vertretern von Großkapitalisten und der engsten Parteispitze hat sich genauestens daran gehalten.

Natürlich fand Kohl seine

Ein zwiespältiger Kongreß

Aufruf zur Gegenwehr in der Kulturpolitik

Auf einem Kongreß der SPD-nahen „Aktion für mehr Demokratie“ in der Duisburger Mercatorhalle einigten sich die Teilnehmer darauf, zur Gegenwehr gegen die Bonner Kulturpolitik aufzurufen. Und in der Tat konnten sie auf eine beeindruckende Liste von Maßnahmen hinweisen, die die Wende in diesem Bereich deutlich machen.

Daß es trotzdem ein zwiespältiger Kongreß war, beruht auf zwei Tatsachen. Zum einen wurde zwar öfters, aber eben nur am Rande davon gesprochen, daß all die Maßnahmen wie Geldentzug und Stellenstreichungen sowie verkappte Formen von Zensur auch schon vor dem Regierungswechsel stattgefunden hatten, seitdem beschleunigt und systematisiert wurden.

Zum anderen wurde deutlich, wie wenig starke Gegenpositionen es in diesem Bereich gibt. Die gesamte Offensive der Reaktion, die unter dem Stichwort „neue Medien“ vorgetragen wird, stößt nirgendwo auf ein Konzept der Gegenwehr, so

sagte es auch der DGB-Vertreter Lothar Zimmermann auf diesem Kongreß. Über die Anpassungspolitik der SPD-Führung aber sagte er auch nichts.

Ob denn das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem verteidigungswert sei, blieb eine Frage, die weitgehend unklar belassen wurde. Kaum eine Stimme war da, die sich aus dem Dilemma für oder gegen dieses öffentlich-rechtliche System, wie es ist, heraushob — wo gerade in einer demokratischen Reform dieses Systems der Weg läge, eine wirkliche Gegenwehr gegen den Monopolfunk der Reichen aufzubauen.

Kommentare

„Unvermittelt“

Voll in die Kerbe schlug auf dem Stuttgarter CDU-Parteitag Herr Stoltenberg. In Antwort auf zahme Kritiken aus den eigenen Reihen am sogenannten Amnestiegesetz, Kritiken, die besagten, die Menschen verstünden dies nicht, es würde den politischen Gegnern in die Hand spielen, meinte er kurz: Vermittelbarkeit sei kein entscheidendes Kriterium der Politik.

Nun: Er hat ja Erfahrung, Brokdorf war auch nicht unvermittelbar, gemacht wurde es trotzdem. Und so bleibt er, der von der bürgerlichen Presse vielfach als Vordenker dieser Regierungskoalition genannt wird, bei seinem Prinzip.

Gemacht wird, so die Konsequenz aus Stoltenbergs Worten, was not tut. Not tut, im Interesse des Kapitals versteht sich, eben jetzt diese Amnestie für Steuerbetrüger. Nach Vermittelbarkeit, nach Billigung oder wenigstens Verständnis in der Öffentlichkeit wird nicht gefragt. Stattdessen Schimpfkampagnen gegen Presse und — in diesem Fall — Staatsanwaltschaft. Mit „Demokratie“ hat das natürlich alles nicht im mindesten zu tun — außer mit Demokratie für die Reichen.

Interessant in diesem Zusammenhang der Leserbriefteil großer rechter Zeitungen, wo in letzter Zeit sich die Behauptung häuft, Forderungen, wie die gegen dieses Amnestiegesetz, würden automatisch bei der Losung „Alle Macht den Räten“ enden. Wenn's man bloß stimmen würde...

„Wildwest“

Wildwest im Wohnungsbau — das sei die letzten Jahre Realität geworden, so unterstrich es der Mieterbund am Wochenende. Gemeint waren dabei die zahllosen Vorfälle, die sich beim Verkauf von Mietwohnungen ereignet haben — rund 500 000 an der Zahl seit der Reform im Dienste der Spekulanten, die die alte Regierung 1976 durchführte.

Eine halbe Million Umwandlungen in Eigentumswohnungen, rund 70 000 im Jahr. Mieterhöhungen bis zu 90 Prozent werden da ebenso angewendet, um Mieter rauszuekeln, wie regelrechte Terroraktionen — ein Kaufen und Co. stehen da längst nicht alleine. Abgesperrte Versorgungsleitungen, Drohbriebe, verschiedenste Methoden der Einschüchterung, alles mögliche läuft da. Ungefähr zehn solcher Fälle am Tag wurden alleine in Hamburg gezählt, das neben München und Frankfurt Zentrum dieser Vorgänge ist. Nicht aufgeregt von solchen Dingen fühlt sich unter anderem auch Bauminister Schneider (CSU). Der Schutz der Mieter sei ausreichend, betonte er in einer diesbezüglichen Stellungnahme.

Daß es inzwischen den „Berufsstand“ Umwandler gibt, Leute, die nichts anderes tun, als mögliche Profite ausrechnen und sie dann rücksichtslos durchsetzen, das ist natürlich auch schon dem Minister zu Ohren gekommen. Aber ihrer Tätigkeit, so sagte er es in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag, seien enge Grenzen gesetzt, es gäbe keine Probleme.

Wildwestmethoden, Faustrecht sozusagen — das ist das Ergebnis der von der vorherigen Regierung begonnenen, von der jetzigen Regierung beschleunigten Entwicklung zur „freien Marktwirtschaft“ im Bauwesen, die angeblich zwischendurch mal abgeschafft gewesen sein soll. Was natürlich auch nicht stimmt.

„Zurückgekehrt“

Rückkehrhilfe anderer Art: Die Abgeordneten aus der Türkei nehmen ihre 12 Sitze im Europarat wieder ein. Dies soll signalisieren, daß in der Türkei alles in Butter ist, keine grundsätzlichen Einwände mehr gegen die dortige Regierung bestehen. Der besseren Kosmetik wegen betont man zwar, es gäbe dort manches zu verbessern, aber das sind nichts als Alibibehauptungen.

Wiederaufgenommen in den Kreis westlicher Demokratien, das ist der Gedanke, der dabei nahegelegt werden soll. Wenig überraschend, wenn man sich daran erinnert, daß es ja gerade diese sogenannten westlichen Demokratien waren, die den Putsch General Evrens ermöglicht und gefordert hatten, mit in erster Linie die BRD.

Der Protest aber geht weiter, denn der Grund dafür besteht, trotz aller Schönfärberei weiter: Folter, Zensur, Gewerkschaftsverband usw. usw.

Gefunden: Wahrheitsliebend

„Also, das ist völlig ausgeschlossen... Und das ist eine reine Erfindung. So etwas kommt überhaupt nicht in Frage.“

Heiner Geißler am 21.2.83 auf die Frage, ob es nach der Wahl eine Einigung seiner CDU mit der FDP über eine Amnestie für Steuerhinterzieher geben werde, im Saarländischen Rundfunk.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Streiks ausweiten!

In monatelangen Verhandlungen haben die Unternehmer sich weder in der Metallindustrie noch in der Druckindustrie auch nur um einen Millimeter bewegt. Eher zu spät als zu früh haben wir mit wirksamen Kampfaktionen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich begonnen. Die Unternehmer haben zuvor ausreichend unter Beweis gestellt, daß sie keine andere Sprache verstehen.

Daß die Urabstimmungsergebnisse so viel Kampfbereitschaft und Geschlossenheit bewiesen, daß die Streikfront in Baden-Württemberg ohne jedes Schwanken sofort stand — das hat seinen Eindruck auf die Unternehmer sicher nicht verfehlt. Es hat ihnen klargemacht, daß ihre Strategie, durch eine massive Propagandakampagne die Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften herbeizutrommeln, gescheitert ist.

Der Streikbeginn in Hessen am nächsten Montag, die Aktionen in den anderen Tarifbezirken in dieser Woche, die teilweise von allen DGB-Gewerkschaften unterstützt werden — das werden die nächsten Schläge ins Unternehmer-Kontor sein.

Aber machen wir uns nichts vor: Wir haben Treffer gelandet, aber wir haben die Unternehmer natürlich noch nicht geschlagen. Eine entscheidende Veränderung in der Haltung der Unternehmer gegenüber dem Abbruch der Verhandlungen bzw.

dem Scheitern der Spitzengespräche haben wir noch nicht erreicht. Daß die Unternehmer schon in der ersten Runde zu

Boden gehen, konnte ernsthaft ja auch niemand erwarten. Wenn das die Lage ist, dann fragt es sich, was es nützen soll,

wenn die Führung der IG Metall schon am ersten Streiktag in Baden-Württemberg die Unternehmer zu neuen Verhandlungen auffordert, wenn die Führung der IG Druck & Papier sogar ein neues Spitzengespräch mit dem Bundesverband Druck vereinbart hat?

Wir meinen: jetzt kommt es einzig und allein darauf an, unseren Kampf zu stärken. Anlaß für Verhandlungen mit den Unternehmern gibt es erst, wenn diese erklärt haben, daß sie nicht mehr länger an der 40-Stunden-Woche festhalten und daß sie bereit sind, über unsere Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu verhandeln.

Jetzt ist die Zeit des Handelns und nicht des Verhandlens. Wenn wir die Unternehmer zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn zwingen wollen, dann müssen wir noch mehr Dampf machen: die Streiks in der Metallindustrie müssen auf andere Tarifbezirke ausgedehnt werden, in der Druckindustrie muß von den befristeten Aktionen zu unbefristeten Streiks übergegangen werden.

In Hamburg haben Metallarbeiter unterschrieben für die Forderung zu sammeln, daß im Nordverbund Urabstimmungen durchgeführt und Streikmaßnahmen eingeleitet werden. Diese Kolleginnen und Kollegen sind auf dem richtigen Dampfer.

„Kalte“ Aussperrung — was dann?

Zahlreiche Betriebe auch außerhalb des derzeitigen Streikgebietes haben angekündigt, sie würden die Produktion in einigen Tagen einstellen. Begründung: Materialmangel wegen des Streiks in den baden-württembergischen Zuliefererbetrieben.

Das hat Folgen für die betroffenen Kollegen: unter Umständen stehen sie ohne Anspruch auf finanzielle Unterstützung da. Wenn die Gewerkschaften diese Betriebe nicht zum Streik aufrufen, liegen die satzungsmäßigen Bedingungen für einen Anspruch auf Streikgeld nicht vor. Die IG Metall fordert für diesen Fall, daß Kurzarbeitergeld bezahlt wird. Diese Forderung ist zu unterstützen. Es ist ein Skandal, daß das Bundesarbeitsgericht es für rechtmäßig erklärt, daß ganze Belegschaften infolge einer Maßnahme der Unternehmer ohne einen Pfennig dastehen.

So richtig es ist, die Zahlung von Kurzarbeitergeld zu fordern, muß man realistischweise doch feststellen, daß es höchst unsicher ist, ob die Bundesanstalt für Arbeit tatsächlich Anträge auf Zahlung von Kurzarbeitergeld für Metallbetriebe bewilligen wird. Die geltende

Rechtsprechung ist in dieser Frage nämlich besonders arbeits- und gewerkschaftsfeindlich. Nach dem Arbeitsförderungsrecht ist die Bundesanstalt für Arbeit zur „Neutralität“ in Arbeitskämpfen verpflichtet. Es steht zu befürchten, daß die Bundesanstalt für Arbeit sich auf den Standpunkt stellen wird, daß die Zahlung von Kurzarbeitergeld an Metallbetriebe, die von den Unternehmern wegen der Auswirkungen von Streiks für die 35-Stunden-Woche stillgelegt werden, gegen diese Neutralitätspflicht verstößen würde.

Deshalb bietet der Antrag auf Zahlung von Kurzarbeitergeld den Kolleginnen und Kollegen in den von kalten Aussperrungen bedrohten Betrieben keinerlei Sicherheit. Es gibt nur einen Weg, diesen Kolleginnen und Kollegen die drückende Sorge, in einigen Tagen ohne jeden Anspruch auf finanzielle Unterstützung zu sein, zu nehmen: die IG Metall muß in allen Tarifbezirken schleunigst Urabstimmungen durchführen, damit sie im Ernstfall die betroffenen Betriebe bestreiken und den Kolleginnen und Kollegen Streikgeld zahlen kann.



Hermann Gaßmann spricht zu den Metall-Kollegen. Rechts von ihm die Ortsbevollmächtigten Müllner und Engemann.

Auch nach der Begnadigung und vorzeitigen Entlassung

Solidarität mit Hermann Gaßmann tut not! oder: Was für Gewerkschaften brauchen wir?

Hermann Gaßmann ist frei. Nicht zuletzt der großen Solidarität und der breiten Öffentlichkeitsarbeit von Freunden, Kollegen und Gewerkschaften ist es zu danken, daß Hermann jetzt durch den Hamburger SPD-Senat begnadigt und vorzeitig aus der Haft entlassen worden ist. Und daß er zuletzt während seiner Haft als Freigänger auch weiter bei der IGM-Ortsverwaltung als Bildungssekretär beschäftigt worden ist. Die Hamburger CDU und die Springer-Presse läuteten eine neue Hetzkampagne ein. Durch die Freilassung des „gefährlichen Ostspions“ sahen sie ihren „freiheitlichen Rechtsstaat“ wanken — getreu der uralten Logik, daß es einfach wahr und recht sein muß, was ein deutscher Richter verkündet. Und der hatte Hermann zum Spion abgestempelt, mit Hilfe des § 99 StGB, ohne einen einzigen konkreten Beweis. Selbst bei liberaler, demokratischer Presse und in Justizkreisen ist dieser § 99 als Willkürparagraph umstritten.

Doch die Reaktion ließ sich diese vermeintliche Chance zu einer anti-gewerkschaftlichen Hetzkampagne nicht entgehen. Gerade in der jetzigen Auseinandersetzung läßt sich ein vortreffliches „Bild“ daraus fabrizieren: Ostagenten steuern den gewerkschaftlichen Kampf um die 35-Stunden-Woche, die Drahtzieher in Moskau wollen die westdeutsche Wirtschaft ruinieren. Entsetzlich! Gegen die reaktionäre Diffamierungskampagne leisteten Kollegen in Betrieben und Gewerkschaftsorganen eine beharrliche Solidaritäts- und Aufklärungsarbeit. Und diese Arbeit war erfolgreich. Die offensichtlichen Hintermänner und Nutznießer der Hetze konnten aufgezeigt, das gewerkschaftliche Bewußtsein gegen diese gestärkt werden.

Doch um so schockierender ist, daß der IGM-Vorstand still und leise in die gleiche Richtung zog, in die CDU und Springer lauthals tönten. Am letzten Freitag mußten die über 100 Freunde und Kollegen, die Hermann morgens vom Knast in Neuen-gamme abholten, erfahren: genau einen Tag vorher hat der IGM-Vorstand beschlossen, Hermann aus dem Beschäftigungsverhältnis bei der IGM zu schmeißen!

Gemeinsam zog man daraufhin zum Hamburger Gewerkschaftshaus, wo die Ortsverwaltung tagte, die sein offizieller Arbeitgeber ist. Eine positive Entscheidung über Hermanns Weiterbeschäftigung sollte durch die Belagerung des Sitzungszimmers erzwungen werden. Obwohl die Kollegen den ganzen Tag — sogar trotz drohender Räumung — ausharrten, konnten sie dies nicht erreichen.

Doch die Ortsbevollmächtigten Müllner und Engemann verschanzten sich hinter dem Vorstandsbeschluss: „Wir sind Funktionäre, wir müssen funktionieren.“ Wofür? Der IGM-Vorstand begründet den Rauschmiß:

• es dürfe nicht der Eindruck entstehen, ein hauptamtlicher Angestellter könne ohne Auswirkung auf sein Beschäftigungsverhältnis nachrichtendienstlich tätig werden.

Was ist das anderes als die nachträgliche Bestätigung des skandalösen, selbst in bürgerlichen Kreisen

umstrittenen Urteils? Als gäbe es in diesem Land keine Klassenjustiz, die u. a. auch gewerkschaftliche Aktionen zu kriminalisieren versucht. Als gäbe es keine Erfahrung aus dem Faschismus in Deutschland, wo Richter — streng nach den Gesetzen — Gewerkschafter dem Henker überlieferten, Richter, die überganglos von der westdeutschen Justiz übernommen wurden.

Was nützt das die sicherlich auch aufgrund dieser Erfahrung zustandegekommene Stellungnahme des letzten IGM-Gewerkschaftstages gegen den Willkürparagraphen 99, wenn dies gerade im konkreten Fall nicht wirksam wird?

Und weiter begründet der IGM-Vorstand:

• eine Weiterbeschäftigung könne durch negative öffentliche politische Diskussion und Kritik die Kräfte der IGM verschleifen.

Was ist dies anderes als der Kniefall vor der „Bild“-Zeitung, deren erklärtes Ziel die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist. Was wird der IGM-Vorstand morgen machen, wenn in gewohnter Manier die „Bild“-Zeitung gegen streikende Kollegen hetzt, wenn Streikposten kriminalisiert werden?

Wo unterscheidet sich der IGM-Vorstand von einem stinknormalen Kapitalisten, wenn er einem die Pistole auf die Brust setzt: entweder du gehst „freiwillig“ auf einen ungewollten Arbeitsplatz bzw. mit einer Abfindung — oder du wirst gefeuert? Und mehr als zynisch klingt es, wenn die Hamburger Ortsverwaltung dieses Vorgehen als das „Suchen nach einer menschlich und sozial tragbaren Lösung“ bezeichnet. Ein anwesender HDW-Kollege, der es wissen muß, kommentierte: „Das kennen wir — von unseren Sozialplanverhandlungen.“

Hermann Gaßmann hat als Bildungssekretär von den Klassen, von der Notwendigkeit des Klassenkampfes gesprochen. Er hat deutlich gemacht, wo und vor allem in welcher Konsequenz sich die Fronten in dieser Tarifaufeinandersetzung gegenüberstehen. Er weiß, daß nur eine organisierte und disziplinierte kämpfende Arbeiterklasse bestehen kann.

In dieser Situation Stillschweigen und Disziplin von ihm als Gewerkschafter zu fordern, wie es die Ortsverwaltung tut, um ihn reibungslos rauszuschmeißen zu können, grenzt an Erpressung. Hermann hat Urlaub genommen bis zum 18.5., zwangsweise.

Doch die Frage bleibt: Disziplin wofür? Mag sein, daß Hermann für diesen Gewerkschaftsapparat nicht tragbar ist.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird gegen die vereinte Front von Kapital und Regierung ausgetragen, ein Kampf, mehr als um eine Tarifforderung. „Die Hetze der „Bild“-Zeitung kann uns nur zusammenschmieden, was uns zusetzt, ist die mangelnde Solidarität, ist die Kapitulation“, so kommentierte ein Kollege. Der Kampf um die Weiterbeschäftigung von Hermann Gaßmann als Bildungssekretär der IGM/Hamburg wird weitergehen. Denn solche Kollegen werden gebraucht — für den Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Unternehmer-Terror gegen streikende Drucker

Blutige Zwischenfälle in mehreren Städten prägten den bisherigen Verlauf des Streiks in der Druckindustrie. Pistolen in Köln, Anschläge mit Autos in Offenbach und Koblenz, ebenso in Stuttgart. Einzelfälle?

Der Betriebsratsvorsitzende der Süddeutschen Rollenoffset jedenfalls wurde fristlos entlassen, weil er ein Gewerkschaftsflugblatt zu diesem Vorfall an seinem Betrieb verteilte. Was ja nur den Schluß zuläßt, daß diese Geschäftsleitung nichts gegen Leute hat, die in Streikpostenketten rasen, sondern daß ihr jedes Mittel recht ist, Streikposten zu verhindern. Die Häufung der Fälle zeigt schließlich ebenso

deutlich, daß sie kein Zufall sind, daß es nur besonders reaktionärer Typen bedarf, die von

der Hetzkampagne von Kapital, Regierung und — vor allem — Springer-Presse aufgestachelt



Interview mit einem Streikposten bei Behr/Stuttgart

„... müßte es zum Vollstreik kommen“

RM: Du hast heute den ganzen Tag hier vor dem Werkstor der Firma Behr Streikposten gestanden. Wie sieht deine Bilanz des 1. Streiktages aus?

Kollege: Aus meiner Sicht positiv. Die Kollegen, die sich bereit erklärt hatten, sind alle erschienen. Trotz des schlechten Wetters ist das optimal gelaufen. Alle Aktiven waren da, natürlich sind auch welche zu Hause geblieben, aber das waren diejenigen, die auch sonst nicht ihre Interessen vertreten und den Argumenten der Arbeitgeber hinterherlaufen.

Positiv fand ich auch die Reaktion vieler Angestellter, die ja nicht in den Streik einbezogen sind. Manche waren richtig beleidigt darüber. Ich habe gehört, daß auch etliche sich schon vorher beim Betriebsrat darüber beschwert hatten. Aber der war ja dafür nicht zuständig, das ist

von höherer Stelle aus angeordnet worden.

Ein bißchen gestört hat mich die Haltung der Gewerkschaftsvorstände Eisenmann, Steinkühler und Mayr — die waren ja alle da. Aber sie haben keine persönlichen Worte an die Kollegen gerichtet, sind auch nicht mal durchgelaufen. Sie haben sich nur mit den höheren betrieblichen Funktionären unterhalten, die sie sowieso schon kennen. In einer solchen Situation sollte man auch mal an uns, an das Fußvolk denken, wir sind ja schließlich diejenigen, die den Buckel hinhalten müssen.

RM: Wie war das öffentliche Interesse?

Kollege: Außer dir natürlich, waren da die Jusos, eine Gruppe der AfA war da und hat sich solidarisiert, SPD-Bundestagsabgeordneter Conradi hat ein Telegramm geschickt, Kollegen von

SEL haben morgens mit Streikposten gestanden. Außerdem Fernsehreporter und Presseleute aus Italien, Schweden und Frankreich.

RM: Was findest du für die weitere Entwicklung besonders wichtig?

Kollege: Es muß weitergehen so wie heute. Auch in den nächsten Tagen müssen genügend Leute am Tor stehen. Gerade bei dem Regen ist es wichtig, daß man nicht alleine dasteht.

Ansonsten meine ich, daß die Streiktaktik nicht die schlechteste ist. Man sieht ja, die Nadelstiche zeigen schon Wirkung, das zeigen die Reaktionen von BMW. Die Großindustrie kann so lahmgelegt werden. In wie weit sich jetzt die Arbeitgeber wehren, ist dann eine andere Sache. Da liegt noch was im Busch, denn, wenn sie kämpfen, kämpfen sie mit unfairen

werden, um zu solchen Verbrechermethoden zu kommen. Hinzuzufügen wäre noch, daß es sich zumindest in Offenbach keinesfalls um einen normalen Fahrer handelte, der das Verbrechen beging, sondern um einen Managertypen.

In allen Fällen gab es große Solidaritätsaktionen aus der Arbeiterschaft, nirgendwann eine ehrliche Distanzierung der Geschäftsleitungen — das rundet das Bild ab.

Nicht einzelne Spinner sind es, die für versuchten Totschlag verantwortlich sind, sondern diejenigen, die seit langem diesen Streik zum nationalen Unglück erklären, dagegen geifern und hetzen und so den Dreck, den sie ohnehin genügend am Stecken haben, noch um einen großen Batzen vermehren. Entschiedene Gegenwehr tut not!

Mitteln. So leicht werden wir den Kampf nicht gewinnen können. So in ein oder zwei Wochen müßte es zum Vollstreik im ganzen Tarifgebiet kommen. Nicht nur Bosch und Daimler, sondern auch kleinere Betriebe sollten einbezogen werden, denn auch die Kollegen dort wollen es den Bossen mal zeigen.

RM: Welche Rolle sollten deiner Meinung nach sozialistische Organisationen in diesem Streik spielen. Meinst du, daß die KPD eine besondere Aufgabe hat?

Kollege: Einmal finde ich wichtig, daß die SPD sich solidarisiert. Ich weiß nicht in wie weit dann parteitaktische Überlegungen eine Rolle spielen — um sich also gegenüber der CDU zu profilieren — aber wichtig wäre das auf jeden Fall.

Ihr habt dabei eine ganz besondere Funktion. Ihr braucht ja keine Rücksicht zu nehmen, ihr seid nicht in der Regierung, und ihr werdet wohl in absehbarer Zeit nicht reinkommen. Ihr könnt also das schreiben, was die Leute denken und hören wollen — daß man durchhält beim Streik.

Nach Wahlanfechtung

Drei BMW-Gewerkschafter entlassen

„Durchschlagender Erfolg für die Linie der Vernunft“ — so jubelte der „Bayernmotor“, die vom BMW-Konzern herausgegebene „Zeitung für die BMW-Mitarbeiter“ den Ausgang der Betriebsratswahlen des BMW-Werkes in Berlin-Spandau. Eine massive Einschüchterungskampagne der Geschäftsleitung Formal fand im Berliner BMW-Werk Persönlichkeitswahl statt. Es standen sich aber zwei Wahlvorschläge gegenüber: der Vorschlag des IGM-Vertrauensleitekörpers und die sogenannte „Mannschaft der Vernunft“, die von der Geschäftsleitung unterstützt wurde. Das Ergebnis der Wahl ließ alle 15 Sitze im neuen Betriebsrat an die „Mannschaft der Vernunft“ fallen.

Die Kollegen Rainer Knirsch und Peter Vollmer, die in der letzten Amtsperiode freigestellte Betriebsräte waren und als solche offensichtlich zum roten Tuch für die Geschäftsleitung wurden, strengten gemeinsam mit dem IGM-Vertrauensmann Hans Köbrich, der ebenfalls für den Betriebsrat kandidiert hatte, eine Wahlanfechtungsklage an. In einem Flugblatt begrün-

deten sie diesen Schritt vor der Belegschaft. Dieses Flugblatt nahm die Geschäftsleitung zum Anlaß für die fristlose Kündigung der drei Kollegen. Angeblich sollte die Verteilung des Flugblattes eine Störung des Betriebsfriedens darstellen, das Flugblatt eine Ehrverletzung der neugewählten Betriebsratsmitglieder und des Werkleiters Glas enthalten. Der Betriebsrat stimmte der fristlosen Kündigung zu.

Haben viele aus Angst gewählt? In dem Flugblatt, das von der Geschäftsleitung zum Anlaß für die fristlose Entlassung genommen wurde, schreiben die Kollegen Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich u.a.: „Viele Kollegen sagen heute: Aus Angst haben wir die sogenannte ‚Mannschaft der Vernunft‘ gewählt. Denn wir



Peter Vollmer

Rainer Knirsch

Hans Köbrich

die Erfolgsbeteiligung, die 3 bis 3,5 Prozent des Jahresbruttoverdienstes ausmacht. Leitende Angestellte, Meister, Vorarbeiter und Einsteller verbreiten diese massive Drohung im ganzen Betrieb.

In einer Mitteilung der Geschäftsleitung, die am 28. März im Betrieb ausgelegt wurde, wird der Zusammenhang zwischen einer möglichen Streichung übertariflicher Leistungen und dem Ausgang der Betriebsratswahl vom Werkleiter Glas bereits ziemlich unverblümt hergestellt:

„Bitte, und das liegt mir am Herzen, bedenken Sie, daß Sie bei der Wahl nicht nur einen Betriebsrat wählen, sondern auch Ihren Verhandlungspartner mit der Geschäftsleitung. Und diese Verhandlungspartner können nur dann etwas für Sie erreichen, wenn sie realistische Ziele und nicht in erster Linie vordergründige Einzelinteressen verfolgen. Bei kompromißfähigen Verhandlungspartnern ist ein Erfolg für beide Seiten erreichbar. Und nur damit können wir langfristig weiterkommen. Unflexible Ideologen werden in solchen Verhandlungen eine Abfuhr erhalten.“

Aus der Sicht der Unternehmensleitung und des Gesamtbetriebsrats kommt dieser BR-Wahl in Berlin eine zukunftsweisende Bedeutung zu. Alle bisherigen freiwilligen Leistungen, wie z.B. Sonderzahlung, Erfolgsbeteiligung sind nur dem persönlichen Einsatz der Geschäftsführung zu verdanken. Ich habe dies bereits in der letzten Betriebsversammlung verdeutlicht.

Nachdem Sie bei dieser Wahl die Möglichkeit haben, durch die direkte Wahl der Kandidaten die Einstellung der Belegschaft zu BMW aufzuzeigen, liegt die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Zukunftssicherung der sozialen Leistungen direkt in Ihren Händen.

Eine Stimmabgabe zur BR-Wahl mit Überlegung und Verstand kann niemals zum Schaden für Belegschaft und Unternehmen sein.

Der Ausgang der Wahl wird auch in München Entscheidungen für die Zukunft des Werkes Berlin beeinflussen.“

Der letzte Satz enthält unausgesprochen die Drohung, in München könnten bei einem „falschen“ Ausgang der Betriebsratswahlen sogar Entscheidungen getroffen werden, die erhebliche Konsequenzen für die Arbeitsplätze im Berliner

Werk hätten. Das wird an anderer Stelle der Mitteilung unterstrichen: „Verlassen Sie sich nicht darauf, daß München unbeeindruckt in Zukunft Geld zuschießt. Die Sparte Motorrad muß jetzt beweisen, daß mir ihr sehr bald auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu rechnen ist. Die Geschäftsleitung hat alles getan, daß das gute soziale Klima für unsere Belegschaft er-

halten bleibt. (...) Jetzt warte ich auf konstruktive Vorschläge des Betriebsrats ...“ Glas hatte auf der Betriebsversammlung vom 27. März keinen Zweifel daran aufkommen lassen, gegen wen sich sein wütender Kampf gegen den alten Betriebsrat vor allem richtete. An die Adresse der damaligen Betriebsräte Rainer Knirsch und Peter Vollmer äußerte Glas:

„Die beiden sind hier fehl am Platz, die sollten Politiker werden.“ Als er daraufhin vom Wahlvorstand aufgefordert wurde, diese Äußerung im Interesse einer ordnungsgemäßen Wahl zurückzunehmen, erklärte Glas im Gegenteil: „Ich nehme das nicht zurück. Wenn Sie das als Wahlbeeinflussung sehen, dann tut es mir leid. Ich habe zu dem Bericht des Herrn Vollmer und Herrn Knirsch gesagt, daß sie besser in der Politik aufgehoben wären als hier.“

Allein diese Äußerungen des Herrn Glas belegen eindeutig die massive Einmischung der Geschäftsleitung in den Betriebsratswahlkampf. Darüber hinaus aber wurden auch noch zusätzlich die Kandidaten des IGM-Vertrauensleitekörpers in der Wahlwerbung erheblich behindert, indem ihnen nicht erlaubt wurde, vor den Auszubildenden oder in der Schweißerei in Tegel ihre Auffassungen darzulegen, während für die „Mannschaft der Vernunft“ eigene Wahlversammlungen organisiert wurden.

Die Geschäftsleitung hat systematisch in der Belegschaft eine Atmosphäre der Einschüchterung geschaffen. Ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen hat bei der Wahl befürchtet, 1500 Mark Lohnverlust und mehr hinnehmen zu müssen, wenn Rainer Knirsch und Peter Vollmer wiedergewählt würden. Sie haben aus Angst die „Mannschaft der Vernunft“ gewählt.

Breite Solidarität Am 16.4. hatten die drei Kollegen ihr Flugblatt, in dem sie ihre Wahlanfechtungsklage begründeten, verteilt. Am 25.4. durfte Rainer Knirsch nicht lange arbeiten. Ein Mitarbeiter der Personalabteilung überreichte ihm einen Brief mit dem Wortlaut: „... Hiermit kündigen wir Ihnen das mit uns bestehende Arbeitsverhältnis außerordentlich zum 26.04.84 ...“ Besagtes Mitglied der Personalabteilung erschien am selben Tag um 8.30 Uhr in der Wohnung des erkrankten Kollegen Peter Vollmer, um ihm die fristlose Kündigung auszuhandeln. Der ebenfalls gekündigte Hans Köbrich befand sich zu dem Zeitpunkt im Urlaub.

Die fristlose Kündigung der drei kämpferischen Gewerk-

terung geschaffen. Ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen hat bei der Wahl befürchtet, 1500 Mark Lohnverlust und mehr hinnehmen zu müssen, wenn Rainer Knirsch und Peter Vollmer wiedergewählt würden. Sie haben aus Angst die „Mannschaft der Vernunft“ gewählt.

Breite Solidarität Am 16.4. hatten die drei Kollegen ihr Flugblatt, in dem sie ihre Wahlanfechtungsklage begründeten, verteilt. Am 25.4. durfte Rainer Knirsch nicht lange arbeiten. Ein Mitarbeiter der Personalabteilung überreichte ihm einen Brief mit dem Wortlaut: „... Hiermit kündigen wir Ihnen das mit uns bestehende Arbeitsverhältnis außerordentlich zum 26.04.84 ...“ Besagtes Mitglied der Personalabteilung erschien am selben Tag um 8.30 Uhr in der Wohnung des erkrankten Kollegen Peter Vollmer, um ihm die fristlose Kündigung auszuhandeln. Der ebenfalls gekündigte Hans Köbrich befand sich zu dem Zeitpunkt im Urlaub.

Die fristlose Kündigung der drei kämpferischen Gewerk-

terung geschaffen. Ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen hat bei der Wahl befürchtet, 1500 Mark Lohnverlust und mehr hinnehmen zu müssen, wenn Rainer Knirsch und Peter Vollmer wiedergewählt würden. Sie haben aus Angst die „Mannschaft der Vernunft“ gewählt.

Breite Solidarität Am 16.4. hatten die drei Kollegen ihr Flugblatt, in dem sie ihre Wahlanfechtungsklage begründeten, verteilt. Am 25.4. durfte Rainer Knirsch nicht lange arbeiten. Ein Mitarbeiter der Personalabteilung überreichte ihm einen Brief mit dem Wortlaut: „... Hiermit kündigen wir Ihnen das mit uns bestehende Arbeitsverhältnis außerordentlich zum 26.04.84 ...“ Besagtes Mitglied der Personalabteilung erschien am selben Tag um 8.30 Uhr in der Wohnung des erkrankten Kollegen Peter Vollmer, um ihm die fristlose Kündigung auszuhandeln. Der ebenfalls gekündigte Hans Köbrich befand sich zu dem Zeitpunkt im Urlaub.

Die fristlose Kündigung der drei kämpferischen Gewerk-

Betriebsratswahlen Bayer / Leverkusen

Stimmengewinne der IG Chemie

Gutes Abschneiden der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit

Ein wenig aus dem Blickwinkel geraten waren uns die Betriebsratswahlen bei der Bayer Leverkusen, die schon vor einigen Wochen stattfanden. Im folgenden liefern wir das Ergebnis nach und einige Anhaltspunkte zur Beurteilung. Letztere stützen sich auf Notizen, die uns eine Genosse, der in der Gruppe Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit mitarbeitet, geschickt hat.

Zum Ergebnis insgesamt: Die IG Chemie erhielt 12454 Stimmen und damit 37 Sitze im neuen Betriebsrat. Gegenüber der letzten Wahl sind das 606 Stimmen und 4 Sitze mehr. Die DAG erhielt 2159 Stimmen und 5 Sitze im Betriebsrat. Gegenüber der letzten Wahl sind das 784 Stimmen und 3 Sitze weniger. Die Christlichen erhielten 929 Stimmen und 2 Sitze. Gegenüber der letzten Wahl eine Verschlechterung um 208 Stimmen, die sich aber auf die Sitzverteilung nicht auswirkte. Die Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit, zu deren Wahl auch unsere Partei aufgerufen hatte, errangen 1543 Stimmen und 4 Sitze. Gegenüber der letzten Wahl sind das 61 Stimmen mehr bei gleicher Anzahl von Sitzen. Eine Ausländerliste, die bei der letzten Wahl nicht kandidierte, erhielt 438 Stimmen und 1 Sitz im Betriebsrat. Drei weitere Listen, die bei der letzten Wahl 1484 Stimmen und 2 Sitze gewonnen hatten, kandidierten diesmal nicht.

Eindeutigstes Ergebnis der Wahl ist, daß die IG Chemie 4 Sitze gewonnen hat — erfreulicherweise vor allem auf Kosten der DAG. Diese Stimmengewinne der IG Chemie von der DAG sind im Angestelltenbereich sogar ausgeprägter als im Arbeiterbereich, in dem bei Bayer auch DAG-Listen kandidierten. Zu vermuten ist, daß die Rationalisierung hier bei einem beträchtlichen Teil der Kolleginnen und Kollegen das sogenannte typische Angestelltenbewußtsein angekratzt hat.

Die Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit, die im Arbeiter- und Angestelltenbereich jeweils die bisher gehaltenen

zwei Sitze wiedergewinnen konnten, hatten sich wohl an sich Chancen ausgerechnet, ein oder zwei Plätze hinzuzugewinnen. Die Liste der Gruppe im Arbeiterbereich verlor gegenüber der letzten Wahl 160 Stimmen, während die Liste bei den Angestellten 221 Stimmen hinzugewinnen konnte. Das hängt sicher damit zusammen, daß die bekanntesten Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe im Angestelltenbereich tätig sind. So lagen auch bei den Arbeitern die größten Verluste in einem Bereich, in dem bei der letzten Wahl ein sehr bekannter Kollege für die Gruppe kandidiert hatte, der aber inzwischen bei Bayer gekündigt hat.

Insgesamt aber muß das Abschneiden der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit doch als Erfolg gewertet werden. Außer der IG Chemie ist sie die einzige Gruppierung, die bei dieser Wahl ihre Stimmzahl steigern konnte. Es gibt einen Teil der Belegschaft, der die Tätigkeit der Betriebsräte und die praktische Arbeit der Gruppe überhaupt mit Sympathie verfolgt und unterstützt.

Die Gruppe hat sich erheblich erweitern und ihre Kontakte in den Vertrauensleitekörper verbessern können. Eine Reihe von Vertrauensleuten, die zum Teil selbst auf der IG-Chemie-Liste standen, haben im engeren Kollegenkreis für die Gruppe geworben.

Unter dem Strich bietet der Ausgang der diesjährigen Betriebsratswahlen bei Bayer den Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit eine gute Grundlage zur erfolgreichen Weiterführung ihrer Arbeit.

Haben die Kollegen diesen Betriebsrat wirklich gewählt?

• Vorgelassen haben 400 tausende Kollegen einen Betriebsrat mit ihren eigenen Händen.
• Vorgelassen haben 700 Arbeiterkollegen einen Betriebsrat mit „Körperschütteln“.
• Vorgelassen haben alle Kollegen mit einem Betriebsrat, der die praktische Arbeit der letzten drei Jahre weiterführen kann.
Alle hatten sich eine demokratische Betriebsratswahl gewünscht. Das Ergebnis aber ist genau das Gegenteil: 40% der Belegschaft sind durch diesen Betriebsrat nicht mehr repräsentiert.
Ein buses kreuzen! niemand hat das so gewählt — außer einem: Der Werkleiter, Herr Glas, hat alle Register gezogen, um dies zu erreichen.
Womit hat er klappt? Genommen auf die Zahl durch die Androhung, Erfolgsbeteiligung und Bonus zu streichen, wenn die Betriebsräte Knirsch und Vollmer wiedergewählt würden. Auf zwei Betriebsratsversammlungen hat Herr Glas persönlich mit Flugblättern, auch in Tüsch und verborgen, direkt in die Wahl eingegriffen.
Das geht zu weit!

Daher Wahlanfechtung!

Viele Kollegen sagen heute: Aus Angst haben wir die sogenannte „Mannschaft der Vernunft“ gewählt. Denn wir brauchen Erfolgsbeteiligung und Bonus zum Leben. Aber diesen einseitigen Betriebsrat haben wir so auch nicht gewählt.
Gesetzlich sind die Androhungen von Herrn Glas null und nichtig! Es ist nicht möglich, Sozialleistungen einfach zu streichen, nur weil einem das Wahlergebnis nicht paßt. Allerdings sind die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ immer ein Spielball der Unternehmer.
Was nicht tariflich abgesichert ist, ist eben unsicher.
Die Wahlanfechtungsklage wird gegen den Betriebsrat gerichtet werden. So sieht es aus jetzt vor. Und das Ergebnis wird mit Sicherheit anders ausfallen.
Kolleginnen und Kollegen! Es geht uns nicht darum, eine Wahl nicht verlieren zu können oder etwa mit dem neuen Betriebsrat nicht zusammenarbeiten zu wollen. Wir, so geht uns ausschließlich um die absolute faire Abrechnung von Herrn Glas, der als „Herr im Hause“ unsere Betriebsratswahlen bestimmt hat.

Für Recht, Gerechtigkeit und Demokratie

Wer für eine gerechte Sache eintritt, der wird auch breite Unterstützung finden. Für die vielen guten Ratschläge und solidarischen Wünsche sagen wir herzlichen Dank! Uns hat uns in den letzten Tagen gestützt, auch für diese Wahlanfechtung.
Mindestens drei Arbeitnehmer müssen diese Klage führen. Wir machen das stellvertretend für viele Kollegen hier im Werk.

Rainer Knirsch Rainer Knirsch Montagearbeiter 0477 - Redastraße Halle 3, Erdgeschoss Freizeit: 12-12,30 Uhr	Peter Vollmer Peter Vollmer Werkzeugarbeiter 0470 - Kurbelwelle K Gebäude 52 Freizeit: 11,30-12 Uhr	Hans Köbrich Hans Köbrich Betriebschlosser 0223 - Stützpunkt Halle 5 Freizeit: 12-12,30 Uhr
---	---	---

Dieses Flugblatt war der Anlaß für die fristlosen Entlassungen

schafter muß zum einen im Zusammenhang damit gesehen werden, daß BMW in Berlin die Produktion um 50 Prozent steigern will bei allenfalls geringfügiger erhöhter Belegschaftsstärke. Werkleiter Glas hatte auf Belegschaftsversammlungen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er sich von denjenigen Belegschaftsmitgliedern trennen wolle, die dabei nicht mitziehen.

Zum anderen aber sollen

„Die heutige Funktionärsversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, verurteilt aufs schärfste die fristlosen Entlassungen der IG-Metall-Funktionäre Rainer Knirsch, Hans Köbrich und Peter Vollmer durch die Geschäftsleitung von BMW in Spandau.“

Diese drei Kollegen, die auch Mitglieder unserer Vertreterversammlung sind, haben sich in den letzten Jahren besonders für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingesetzt und maßgeblich die Warnstreiks bei BMW organisiert.

Wir erklären uns mit den drei Kollegen voll und ganz solidarisch und fordern die Ortsverwaltung der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, auf, mit allen Kräften die Anfechtung der Betriebsratswahlen bei BMW wegen massiver Wahlbeeinflussung durch die Geschäftsleitung zu unterstützen, ebenso die Kündigungsschutzklagen der drei aktiven Gewerkschafter. Außerdem erwarten wir, daß den drei Kollegen bei Antragstellung Gemaßregelungenunterstützung gewährt wird.“

Diese Solidaritätserklärung wurde von den ca. 800 anwesenden Funktionären am 4.5.84 mit großem Beifall unterstützt und vom geschäftsführenden Ausschuß der Ortsverwaltung der IG Metall als Empfehlung angenommen.

Solidarität

In Westberlin hat sich ein „Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter“ gebildet. Kontaktadresse des Komitees: Prof. Dr. Bodo Zeuner, Habelsbrunnen Allee 10, 1000 Berlin 33. In dem Aufruf der Komitees zur Solidarität heißt es unter anderem:

Nicht zufällig erfolgt die fristlose Kündigung der drei BMW-Kollegen zu einem Zeitpunkt, da die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in die heiße Phase tritt und Urabstimmung, Streiks und Aussperrungen zu erwarten sind. Die Entlassung von Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich ist Teil des Angriffs der Unternehmer gegen die Position der IG Metall.

Wir bitten um Unterstützung gegen die fristlose Entlassung der drei BMW-Kollegen durch

1. Anfragen und Protestschreiben gegen die Zustimmung des neugewählten Betriebsrats zur Kündigung: Betriebsrat in der BMW AG, Sparte Motorradproduktion, Am Juliusturm 14-38, 1000 Berlin 20, mit Durchschlag an die betroffenen Kollegen (nach Möglichkeit auch von gewerkschaftlichen Organisationen usw.)

2. Solidaritätsschreiben an die betroffenen Kollegen: Rainer Knirsch, Gustav-Müller-Str. 1, 1000 Berlin 62, Peter Vollmer, Steglitzer Damm 8, 1000 Berlin 41, Hans Köbrich, Grünentaler Str. 30, 1000 Berlin 65.

3. Spenden auf das Postcheckkonto Rainer Knirsch, BlnW 230936-106, Kennwort „Solidarität“, um die Kollegen, die ihrer Existenzgrundlage beraubt sind, eine achtwöchige Sperrfrist beim Arbeitsamt haben und ihre Sozialversicherung selbst bezahlen müssen, auch materiell zu unterstützen.

Kleine Chronologie der 35-Stunden-Woche (IX)

Der neunte Teil unserer Chronologie umfaßt den Zeitraum vom Scheitern des ersten „Spitzengesprächs“ in der Metallindustrie am 6. April bis zum Ende der Urabstimmung der IGM in Hessen am 9. Mai — viereinhalb Wochen, die mit den ersten Druckerstreiks erheblich verschärfte Auseinandersetzungen brachten.

7. April
Nach dem Scheitern des Spitzengesprächs am Vortage bekundet Hans Mayr, seiner Ansicht nach habe ein weiteres solches Gespräch keinen Sinn.

Der Vorstand der IG Druck und Papier kündigt Urabstimmungen an.

In zahlreichen Druckereibetrieben verhinderten die Warnstreiks das Erscheinen von Wochenendausgaben der Zeitungen, Schwerpunkt waren München und Frankfurt.

In der Dortmunder Westfalenhalle beteiligten sich am Vortage 8000 Menschen an der Veranstaltung der IGM zur 35-Stunden-Woche, mehrere tausend auch an diesem Samstag in der Essener Grugahalle.

9. April
Die Vorstände beider Gewerkschaften geben die Ergebnisse ihrer Sitzungen noch nicht bekannt, in weiteren Druckereibetrieben wird gestreikt.

Der Vorstand der IG Drupa unterstrich, daß er „flexible Formen“ des Arbeitskampfes anwenden wolle und sich auf eine lange Auseinandersetzung einstelle.

10. April
Der IGM-Vorstand beschließt entgegen vorherigen Aussagen, seine Bereitschaft für ein zweites Spitzengespräch.

Die HBV greift heftig und öffentlich den „Spalter-Abschluß“ der DAG im Bankengewebe an, an dem sich auch die BfG beteiligte. In diesem

DAG-Tarif wird eine sogenannte Vorruhestandsregelung angeboten. Die HBV kündigt weitere Aktionen an, die Bankenvorstände lehnen jede weitere Verhandlung ab.

In Wiesbaden beginnt eine Orientierungskonferenz von neuen Organisationsbereichen der ÖTV um die Diskussion innerhalb der Gewerkschaft zusammenzufassen.

11. April
Eine breite Presseberichterstattung über den ersten Tag der ÖTV-Konferenz versucht den Eindruck zu erwecken, als habe die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei den Gewerkschaftern hier keine oder kaum eine Chance. Im Gegensatz dazu steht — einmal mehr — das Ergebnis der gewerkschaftlichen Diskussion: Die 35-Stunden-Woche sei, so die Vorsitzende Wulf-Mathies zum Abschluß, das vorrangige Ziel der ÖTV, auch wenn man nicht in allen Bereichen dieselbe Forderung stellen wolle.

Mit 48 zu 12 beschließt die Große Tarifkommission (GTK) der IGM in Hessen, daß im Falle des Scheiterns des zweiten Spitzengesprächs am 17. April die Urabstimmung beantragt wird.

12. April
Die DAG versucht eine öffentliche Rechtfertigungskampagne für ihren Abschluß mit den Banken zu starten, was insbesondere vom rechten Teil der Presse intensiv aufgenommen wird.

Die Tarifrunde im Bergbau wurde ebenso bei der ersten Verhandlung vertagt wie die in der Textilindustrie.

In 50 Zeitungsdruckereien beginnt die IG Drupa mit Kampfmaßnahmen.

Der 12. April wird der Tag sein, an dem der Streikkampf begann.

13. April
Die Streikaktionen in den Druckindustrie gehen, entsprechend dem „flexiblen Konzept“ des Vorstandes, weiter.

Die HBV ruft für die kommende Woche zu Warnstreiks auf.

14. April
Erneut gibt es „dünne Wochenendausgaben“ einer Reihe von Zeitungen.

Metallkapitalisten und IGM-Vorstand gehen mit

durchgeführt, 20 werden vorübergehend bestreikt. Der Vorstand der IG Drupa ruft die Kapitalistenseite zu neuen Gesprächen auf.

Eine breite Propagandawelle des Kapitals stellt diejenigen Betriebe heraus, die in der Urabstimmung unter dem (selbstaufgelegten) 75-Prozent-Quorum bleiben. Dabei wollen sie vergessen machen, daß das allgemeine Ergebnis der Urabstimmung (bis zu diesem Tag



„Denkmodellen“ für das zweite Spitzengespräch an die Öffentlichkeit, die Gefahren für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bedeuten.

15. April
Den Sonntag benutzen wieder einmal Politiker der Regierungskoalition zu massiven Attacken gegen die Gewerkschaftsforderung und verbinden damit ihre Forderung, das Spitzengespräch müsse Ergebnisse bringen.

16. April
In 70 Druckereien werden weitere Urabstimmungen

rund 84 Prozent „Ja“) die langfristige Unternehmerpropaganda widerlegt. Und selbst die Ergebnisse in jenen Betrieben, die unter der „75“ bleiben, tun dies. Kampfkationen auch der HBV in mehreren Städten runden das Bild ab.

17. April
Das zweite Spitzengespräch in der Metallindustrie scheitert ebenso wie das erste. Der IGM-Vorstand bestätigt den hessischen Antrag auf Urabstimmung. Erneut drohen die Kapitalisten mit Aussperrung.

18. April
Auch die katholische Kirche

mobilisiert: An diesem Tag wird bekannt, daß die Belegschaft in einem niederrheinischen katholischen Krankenhaus dazu gezwungen wird, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnverzicht anzunehmen — die ÖTV-Mitglieder weigerten sich.

Der IGM-Vorstand bestätigt auch den Antrag der GTK Nordwürttemberg/Nordbaden auf Urabstimmung, Termine für Hessen und NW/NB werden festgelegt, nicht jedoch für NRW, das ebenfalls einen solchen Antrag gestellt hat.

19. April
Bis gestern hatten in 127 Druckereibetrieben über 84

Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik gestimmt, teilt der Vorstand der IG Drupa mit. Die Kapitalisten erklären ihre Bereitschaft zu einer neuen Verhandlung am 2. Mai.

Kanzler Kohl „drängt die Gewerkschaften zum Einlenken“, wird in der Presse vermeldet.

20. - 23. April
Über Ostern, auf den Ostermärschen, an denen sich Hunderttausende beteiligen, steht die Unterstützung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit im Zentrum der Aktivitäten, auch zahlreiche der Bürgerinitiativen, die es in vielen Städten gibt, sind sehr aktiv.

Bis auf die beiden Bezirke Südwürttemberg und Südbaden haben alle GTKs der IG Metall den Antrag auf Urabstimmung beim Vorstand gestellt.

Der Verband der Druckindustrie beginnt eine Kampagne mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen gegen die Gewerkschaft.

24. April
Auch nach der Urabstimmung in 146 Betrieben der Druckindustrie liegt der Anteil der Ja-Stimmen bei über 84 Prozent. In 12 dieser Betriebe wurden die 75 Prozent verfehlt.

25. April
Der IGM-Vorstand beschließt endgültig die beiden Urabstimmungen in Nordwürttemberg und Hessen für die beiden ersten Maiwochen.

26. April
Die bisher größten Streiks in 35 Betrieben gibt es an diesem Tag in der Druckindustrie. Die Kritik, allmählich müsse es zu einem „richtigen“ Streik kommen, wird stärker. Die Dauer der angesetzten Streiks wird allmählich länger.

27. April
Über 13000 Drucker, fast doppelt so viel wie gestern, sind am Freitag an den Streiks beteiligt. Bis auf einen weiteren Betrieb in Essen gibt es überall weit über 80 Prozent Zustimmung bei den Betrieben.

28./29. April
Insbesondere von Tokio aus versuchen Vertreter der Kapitalisten und der Regierung erneut, Stimmung gegen die gewerkschaftlichen Forderungen zu machen. An „dünnere Sonntagszeitungen“ haben sich viele schon gewöhnt.

30. April
Auch die zweite Verhandlungsrunde in der Textilindustrie geht ohne Ergebnis zu Ende. In Vorbereitung des 1. Mai „hagelt“ es erneut Stellungnahmen von allen Seiten.

1. Mai
Deutlich mehr Menschen als im letzten Jahr (als es sehr flau war) beteiligen sich an den DGB-

Aktionen zum 1. Mai dieses Jahres. Dabei steht überall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt, auch wenn die DGB-Vertreter abermals versuchen, Differenzen zu kaschieren.

2. Mai
Das Echo auf den 1. Mai ist wie erwartet — insbesondere die Regierung tut sich erneut mit allen möglichen Warnungen an die Gewerkschafter hervor.

In der Nacht kommt es, nach verschiedenen Auseinandersetzungen in Köln, in Offenbach zu einem schweren Zwischenfall, als ein Fahrer einen Anschlag auf Streikposten durchführt. Zu Recht stellt die Gewerkschaft heraus, daß so etwas nur in dem von den Kapitalisten und ihrer Propaganda geschaffenen Klima zustandekommen kann.

3. Mai
Vertrag werden in Krefeld die Verhandlungen in der Stahlindustrie.

In Nordwürttemberg/Nordbaden beginnt die Urabstimmung.

In Offenbach beteiligen sich rund 2000 Menschen an der Protestaktion des DGB gegen den Anschlag der Nacht vorher.

4. Mai
Die Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden ist ein eindeutiger Sieg für die Gewerkschaftsbewegung, eine Schlappe für die Kapitalisten: 80,05 Prozent Ja-Stimmen widerlegen die Unternehmerpropaganda und zeigen das Scheitern ihrer Taktik, einen Keil in die Gewerkschaften, die die 35-Stunden-Woche fordern, hineinzutreiben.

Die neueste Bilanz bei der IG Drupa: In 212 Betrieben haben 82,3 Prozent für Streik gestimmt, dabei wurde in 27 Betrieben die 75-Prozent-Quote verfehlt.

5./6. Mai
Neben der gewaltigen Hetze der Springer-Lügenpresse zeichnet sich erst einmal ein kleiner Schwenk in der Propaganda der Kapitalisten ab, das Ergebnis der Urabstimmung hat sie offensichtlich getroffen: Neue Verhandlungen werden angeboten, Aussperrung werde nicht überlegt und ähnliche Töne sind an diesem Wochenende zu vernehmen.

7. Mai
Während der Streik in der Druckindustrie weiterhin von Zwischenfällen begleitet ist, sich die Angriffe auf Streikposten häufen (nach Köln und Offenbach auch in Stuttgart) gibt der IG-Drupa-Vorsitzende Ferlemann in der SPD-nahen Presse seltsame Interviews.

So sagt er in der „Westfälischen Rundschau“, die in Dortmund erscheint, seine Gewerkschaft führe deshalb keinen zentralen Streik, weil es ihr nicht darum gehe, Betriebe kaputtzustoßen ...

8./9. Mai
Während Aktionen und Streiks im Druckbereich weitergehen, die zweite IGM-Urabstimmung in Hessen mit einem noch deutlicheren Ergebnis als zuvor in Nordwürttemberg: 80,77 Prozent für Streik. Damit scheint alles klar — zunächst. Der Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden will am kommenden Montag mit dem Streik beginnen. Dabei wird allerdings bereits gemunkelt, daß die Großbetriebe erst einmal außen vor bleiben sollen ...

Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Dogmoch (V)

Zuvor fand ein Einigungsstellenverfahren statt. Die Einigungsstelle sollte laut Spruch des Arbeitsgerichtes selbst feststellen, ob ein Sozialplan gemacht werden muß. Dies stellte die Einigungsstelle allerdings nicht fest. Hier zeichnete sich unter anderem ganz klar die Wende in der Rechtsprechung ab. Wurde bisher oft der gesamte Personalabbau, also auch die Nichtbesetzung von Arbeitsplätzen infolge von freiwilligem Ausscheiden von Kolleginnen und Kollegen, in die erforderlichen 10 Prozent Personalabbau miteinbezogen, so dürften in der Zukunft nur noch Entlassungen bzw. von der Geschäftsführung veranlaßte Kündigungen in „beiderseitigem Einverständnis“ Gegenstand von Sozialplanverhandlungen sein. So geschehen auch bei Dogmoch. Hier wurde festgelegt, daß ein Sozialplan gemacht werden muß, wenn die 14. Kündigung erreicht ist. Für Betriebsräte ist es wichtig, daß sie sich stichhaltiges Material darüber besorgen, wie z.B. Kündigungen in „beiderseitigem Einverständnis“ tatsächlich zustande gekommen sind. Vor Gericht bzw. vor der Einigungsstelle muß bewiesen werden, daß dies von der Geschäftsführung veranlaßt wurde.

Das Ziel, die Kündigungen zu verhindern, wurde teilweise erreicht. Allerdings konnte der

Nach einer Reihe von Aktivitäten der Belegschaft konnten die Kündigungen vorerst auf fünf gesenkt werden (ursprünglich mindestens 12). Die Kündigungen wurden inzwischen ausgesprochen. Selbstverständlich hat der Betriebsrat grundsätzlich widersprochen und zwar allen Kündigungsgründen. Die gekündigten Mitarbeiterinnen klagen auf Wiedereinstellung.

Personalabbau nicht verhindert werden. Seit Januar 84 sank die Belegschaftszahl um 19 Kolleginnen und Kollegen. Ein großer Teil ließ sich mit geringen Abfindungen abspesen. Ganz sicher kann man sagen, daß der Personalabbau ein größeres Ausmaß angenommen hätte, wenn die Belegschaft keinen Kampf geführt hätte. Sicher kann man auch sagen, daß in diesem Kampf das Bewußtsein der Belegschaft gewachsen ist. Dahingehend gewachsen, daß deutlicher gesehen wird, daß man durch einen konsequenten Kampf etwas erreichen kann, deutlicher der Gegner erkannt wurde und auch von Teilen erkannt wurde, daß die Probleme im kapitalistischen System liegen und nur durch die Abschaffung dieses Systems beseitigt werden können, daß wir in diesem System zwar einige Kämpfe gewinnen können, aber die Probleme im besten Fall verschoben werden. Dies klar zu machen, war ein Teil des Kampfes, der bei Dogmoch geführt wurde.

Im übrigen ist der Kampfeswille ungebrochen ist. Z.B.

nahm eine 8köpfige Delegation von Mitgliedern der HBV-Betriebsgruppe am Warnstreik der Belegschaft von Pollux (Metallbetrieb) teil. Am 18.4. rief die IGM in Ludwigshafen zu einer Kundgebung für die 35-Stunden-Woche auf. Die HBV unterstützte ebenfalls diese Kundgebung. Von Dogmoch zogen daraufhin 15 Kolleginnen und Kollegen mit der Demonstration der Beschäftigten von Pollux zum Kundgebungsplatz. An der Kundgebung nahmen ca. 1000 Metallarbeiter teil. Die Geschäftsführung von Dogmoch war daraufhin der Meinung, daß es sich um einen wilden Streik gehandelt habe, trotz der Belehrung durch den Betriebsratsvorsitzenden. In der Mitteilung der Geschäftsführung an die Betroffenen heißt es: „Sie haben heute an einem Warnstreik der IGM im Rathaus-Center teilgenommen. Da es sich hierbei um einen wilden Streik handelte, werden wir Ihnen die Fehlleistung von Ihrem Lohn einbehalten“. Nachdem die Geschäftsführung nochmals darauf hingewiesen wurde, daß es sich um einen Solidaritätsstreik gehandelt habe, erschien ein Flugblatt der

Betriebsgruppe HBV. Darin heißt es unter anderem: „Was bezweckt man eigentlich mit so einer Falschaussage: ‚wilder Streik‘? Vielleicht, daß in der Zukunft nicht mehr so viele dazu bereit sind, einem Aufruf der Gewerkschaft zu folgen? Wir fordern die Geschäftsführung auf, diese Beschuldigung bei jedem dieser 15 Kolleginnen und Kollegen zurückzunehmen“. Dies geschah dann auch prompt am gleichen Tag. Die Geschäftsführung weiß offensichtlich, daß die Betriebsgruppe nicht nur droht.

Auf die nächste Entlassungswelle, die mit Sicherheit kommt, werden wir uns gut vorbereiten. Dazu gehört, daß auf allen Ebenen die Aktivitäten nochmals diskutiert werden und auf Fehler untersucht werden. Dazu gehört, daß die Arbeit der Betriebsgruppe und des Betriebsrates festgelegt wird. Dazu gehört nicht zuletzt, daß die Arbeit der Partei-Betriebszelle konsolidiert und ausgebaut wird. Und da ist noch einiges drin. Im Laufe des Kampfes traten einige Kolleginnen und Kollegen in die Partei ein. Der Kreis der Teilnehmer an den Zellsitzungen wurde erweitert. Die Zahl der im Betrieb verkauften „Roten Morgen“ stieg. In der Regel werden wöchentlich 12 „Rote Morgen“ verkauft. Die Zahl der Abnehmer liegt bei 17.

Deine Spende hilft Gas geben

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kommt so langsam in die heiße Phase. Jetzt muß Tempo gemacht werden. Das gilt auch für die Partei. Daß die Auffassungen der Kommunisten in diesem Kampf Verbreitung finden ist wichtig — und es kostet Geld. Deshalb brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellenhofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Gegen die Raketenstationierung

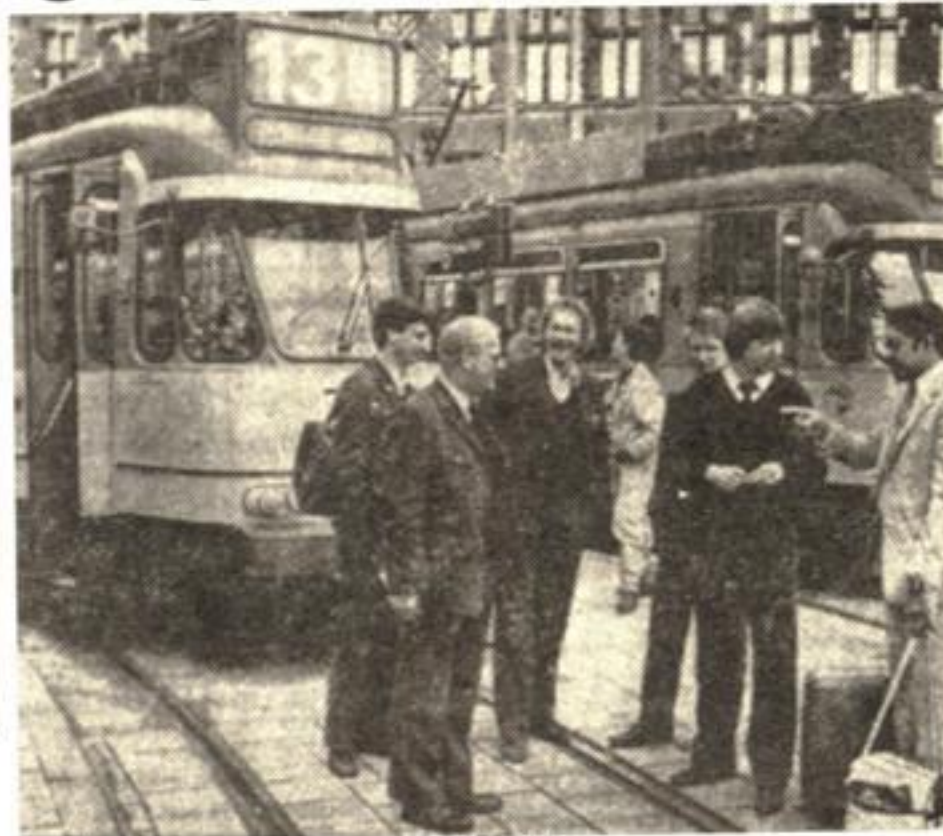
Niederlande stehen still

Von 11.45 Uhr bis 12.00 Uhr lief in den Niederlanden am Donnerstag, dem 10. Mai, vieles nicht mehr. Züge standen still, weil Lokführer die Sirenen anschalteten und die Züge verließen. Auf den Werften gab es ebenfalls Sirenengeheul, während die Arbeit für 15 Minuten ruhte. In Rotterdam standen die Straßenbahnen still und auch Radio Hilversum hatte Sendepause.

Denn am 10. Mai hatte der niederländische Gewerkschaftsbund FNV zu einer viertelstündigen Arbeitsniederlegung aufgerufen — gegen die geplante, vom niederländischen Parlament aber noch nicht beschlossene, Stationierung von 48 Cruise Missiles in den Niederlanden.

Insgesamt 900 000 Menschen sollen sich an den Streiks beteiligt haben, zu denen übrigens nicht nur Arbeiter und Ange-

stellte, sondern auch die Schüler und Lehrer aufgerufen waren. Am Samstag, den 12. Mai, rief die niederländische Friedensbewegung dann in zahlreichen Städten noch einmal zu Demonstrationen auf. Das Datum für die Warnstreiks gegen die Raketenstationierung war übrigens nicht ganz zufällig gewählt: am 10. Mai 1940 hatten die Hitlerfaschisten die Niederlande überfallen...



Volksbefragung am 17. Juni

Höchste Zeit, mit den Vorbereitungen zu beginnen

Wie der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung auf der 6. Aktionskonferenz in Köln bekanntgab, ist bis jetzt die Durchführung der Volksbefragung gegen die Raketenstationierung am 17. Juni in 10 000 von 60 000 Wahllokalen gesichert. Es bestehen also gute Chancen, die geplante Aktion so durchzuführen. Dafür, wie man es macht, gibt ein Leitfadens zur Organisation der Kampagne Volksbefragung '84, den der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung herausgegeben hat, wichtige Hinweise, die auch so verständlich gefaßt sind, daß jeder, der mitmachen will, tatsächlich weiß, was er zu tun hat.

Die ganze Aktion steht und fällt natürlich damit, daß sie zentral ausgewertet werden kann. Der Koordinationsausschuß plant, bereits am 17. Juni abends die Ergebnisse der Volksbefragung den Medien bekanntzugeben. Die zentrale Auszählung und Veröffentli-

chung des Ergebnisses soll gekoppelt sein mit einem Friedensfest in der Godesberger Stadthalle. Voraussetzung dafür, daß das klappt, ist, daß der Koordinationsausschuß erstens laufend darüber informiert wird, welche Wahllokale in die Volksbefragung mit einbezogen werden (s. Faksimile eines entsprechenden Anmeldeformulars) und am 17. Juni selbst sofort nach der Auszählung in den Orten die Ergebnisse telefonisch mitgeteilt bekommt.

Das wichtigste vor Ort im Moment: die Sache konkret anpacken, möglichst darauf hin-

ren, daß sie ihren Namen verdient — wenn auch diejenigen jetzt konkret in die Vorbereitungen einsteigen, die bisher eine abwartende Haltung eingenommen haben, weil sie die Erfolgschancen des Unternehmens eher skeptisch beurteilt haben. Noch ist es nicht zu spät einzusteigen!

wirken, daß örtliche Friedenszusammenschlüsse die Volksbefragung unterstützen, konkret die Wahllokale bestimmen, an denen die Volksbefragung durchgeführt werden soll und sofort(!) beim Ordnungsamt eine Genehmigung für das Auf-

stellen von Info-Tischen dort beantragen. Genauso wichtig: die Volksbefragung über die örtliche Friedensbewegung hinaus in die öffentliche Debatte bringen. (Zu beiden Punkten enthält der Leitfadens sehr konkrete Hinweise und Anregungen).



Leitfaden

zur Organisation der Kampagne Volksbefragung '84
Der Leitfadens mit zahlreichen Informationen, organisatorischen und rechtlichen Hinweisen, verschiedenen Druckvorlagen ist zu bestellen beim Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1. Preis 5 DM. Lieferung nur gegen Vorkasse.

VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI 1984

Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West — insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen — eingeleitet werden.

☐ JA

☐ NEIN

Wir machen mit

Einenden an
Koordinationsbüro
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1

Die Friedensgruppe Name _____ Tel.: _____
Kontaktadresse: _____

steht am 17. Juni 1984 vor dem Wahllokal/den Wahllokalen:

Postleitzahl _____ Adresse _____
einen Volksbefragungsstand auf _____

Das Wahllokal hat die Nummer: _____ Nummer dem Verzeichnis der Wahllokale entnehmen, wenn vorhanden

Wir sind am 17. Juni 1984 unter folgender Telefon-Nummer erreichbar:

vor 18.00 Uhr: _____ nach 18.00 Uhr: _____

Polizeistaatliches aus Hasselbach

Wer vom 15. Mai dieses Jahres an mit dem Auto durch den Raum Hasselbach in Hessen fährt, muß damit rechnen, in eine Datenbank der Polizei zu wandern. Denn an diesem Tag beginnt die Datei „zur Abwehr von Gefahren für militärische Anlagen im Hunsrück“ zu arbeiten.

Bei den „militärischen Anlagen“ handelt es sich um 96 Cruise Missiles, die bei Hasselbach stationiert werden sollen. Dagegen gibt es Protest und wird es noch mehr Protest geben. Und vor diesem Protest — das versteht sich — muß die Polizei diese Atomwaffen schützen. Das ist sie ihrem Dienst am Bürger schuldig. Denn einzig und allein zu dessen Schutz — auch das versteht sich — sind die Cruise Missiles in Hasselbach ja gedacht.

Und so wäre die Sache wahrscheinlich gar nicht in die Presse gekommen, wenn nicht etwas dabei wäre, was sich für bundes-

republikanische Journalisten (noch?) nicht von selbst versteht: daß nämlich auch „unbescholtene Bürger“, wie die „Frankfurter Rundschau“ meldet, in dieser Datei gespeichert werden sollen. So weit sind wir also bereits, daß die deutsche Pressesprache zwischen „unbescholtene Bürger“ und „Demonstranten“, die ja dann wohl „bescholtene Bürger“ sind, unterscheidet!

Bei der Polizei heißt das dann so, daß man nicht nur „Störer“, sondern auch Zeugen, Hinweisgeber, Begleiter und „sonstige“ Personen datenfest machen will. Ganz nach dem Vorbild der „Aktion Gitternetz“, in deren Verlauf im letzten Herbst 75 000 Menschen in die Datenbank der Polizei wanderten. Das, was die Polizei jetzt im Hunsrück plant, ist übrigens nicht nur vom Innenministerium, sondern auch von der zuständigen Datenschutz-Kommission genehmigt worden.

Achtung! KPD-Friedenskonferenzen

Am Samstag, 19. Mai, 11.00 Uhr in Hannover, Freizeithaus Linden.

Am Sonntag, 20. Mai, 11.00 Uhr in Stuttgart, Bücherstube Ost, Haußmannstr. 107.

Themen sind u.a.: die Auswertung der 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung, Diskussion über die Initiative „BRD raus aus der NATO“, Herbstaktionen.

Alle Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind, sind herzlich eingeladen. (Bitte bei Peter im Dortmunder Büro anmelden und Proviant mitbringen.)

Im Anschluß an die Blockaden der Friedensbewegung

Tausende von Strafverfahren

Frei nach Innenminister Zimmermann, für den bekanntlich auch gewaltfreie Aktionen Gewaltausübung bedeuten, werden gegenwärtig Tausende, die an den gewaltfreien Blockaden der Friedensbewegung teilgenommen haben, strafrechtlich verfolgt.

- 300 Demonstranten, die Ostern 1983 vor den Wiley-Baracks in Neu-Ulm einen Sitzstreik durchführten;
- über 300 Demonstranten, die im September 1983 den NATO-Flughafen Bitburg blockierten;
- ca. 400 Demonstranten, die im August 1982 in Großengstingen einen Sitzstreik durchführten;
- über 100 Teilnehmer der Dauer-Blockade in Mutlangen;
- ca. 300 Demonstranten, die im Dezember 1982 die Europäische Kommandozone der US-Streitkräfte in Stuttgart blockierten;
- ca. 80 Demonstranten, die im August 1983 vor dem Munitionsdepot in Feucht protestierten;
- über 100 Demonstranten, die im Oktober 1983 das Heeresamt in Köln blockierten;
- über 100 Demonstranten, die vor dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn protestierten.

Das sind längst nicht alle Strafverfahren gegen Friedensdemonstranten, sondern ausschließlich Verfahren gegen Teilnehmer sogenannter gewaltfreier Blockaden.

In der Regel gab es zunächst Strafverfahren, die meisten haben dagegen Einspruch eingelegt. Anzeige erstattet wurde in der Regel wegen „Nötigung“. Für die meisten Richter ist der Fall klar. Tatsächlich aber ist die

Rechts- oder vielleicht besser Gesetzeslage so eindeutig nicht.

Denn erstens ist laut § 240 Nötigung die Anwendung von „Gewalt oder die Drohung mit „einem empfindlichen Übel“ nötig, damit jemand wegen Nötigung bestraft werden kann. Wo ist das aber gegeben, wenn Leute sich einfach auf die Straße setzen?

Zweitens ist „die Tat“ nur dann rechtswidrig, „wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels“ als „verwerflich“ anzusehen sind.

Diese „Verwerflichkeit“ sahen die Richter des Amtsgerichts Stuttgart in einem Blockadeverfahren aber nicht gegeben. Begründung: in diesen Fällen sei die Nötigung lediglich zwangsläufige Folge einer politischen Demonstration. Das Recht darauf aber sei ein Grundrecht, deshalb könne auch die Nötigung nicht verwerflich sein. Urteil: Freispruch.

Unsere Meinung: nur eine solche Auslegung des § 240 trägt dem Grundrecht auf Demonstrationen Rechnung. Jede andere Auslegung ist ein Angriff auf die Demonstrationenfreiheit.

Volksbefragung verfassungswidrig?

Carl-Dieter Spranger, CSU, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium hat jetzt die selbstorganisierte Volksbefragung, die die Friedensbewegung am 17. Juni durchführen will, als „verfassungswidrig“ bezeichnet. (In der Kölner Zeitschrift „Beiträge zur Konfliktforschung“). Gleichzeitig wurden Informationen bekannt, nach denen der Rechts- und Verfassungsausschuß des Städtetages der Kommunen nahegelegt haben soll, das Aufstellen von Befragungsständen in größerem Umfang zu untersagen. „Warnende“ Stimmen gegen die Volksbefragung gab es bereits vor längerem von Bundeswahlleiter Egon Hölder, vom ehemaligen Bundesverfassungsrichter Benda u.a.

Es ist klar — der CDU/CSU paßt die Durchführung der selbstorganisierten Volksbefragung überhaupt nicht. Denn das, was im Winter '83 geschah, als die Bundestagsmehrheit gegen den erklärten Willen von 75 Prozent der Bevölkerung stimmte und sich dabei auf ihr sogenanntes Gewissen berief, das soll in Vergessenheit geraten und nicht durch die Volksbefragung erneut ins Bewußtsein gerufen oder gar aufs

neue dokumentiert werden.

Deshalb wird jetzt mit Vorkabeln wie „verfassungswidrig“ gedroht. Die Menschen, die am 17. Juni zur Wahl gehen, sollen eingeschüchert, kommunale Stellen sollen ermuntert werden, der selbstorganisierten Volksbefragung so viel Steine wie möglich in den Weg zu legen.

Aber es geht nicht nur um Einschüchterung. Es geht auch um das Demokratieverständnis, das diese Leute haben. Daß der Bürger alle vier Jahre sein Kreuzchen macht und ansonsten die Abgeordneten nur ihrem sogenannten Gewissen verpflichtet sind (bzw. den Leuten, die genug Geld haben, um ihnen ins Gewissen reden zu können), das vertritt sich gerade noch mit der „Herrschaft des Volkes“, die Spranger & Co. vor-schwebt.

Bereits da aber, wo dieses Volk auf konkrete politische Entscheidungen Einfluß nehmen will oder zu einer konkreten politischen Entscheidung seine Meinung sagen will, da hört für diese Leute die Demokratie auf.

Für uns fängt sie da überhaupt erst an. Aber das ist eben der Unterschied zwischen verflochtener und sozialistischer Politik.

Volksfront-Sonderkongreß

Am 12. Mai fand in Köln ein Sonderkongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt. Die Delegierten befaßten sich mit Anträgen zu Grundsätzen und Satzung der Organisation. Im Ergebnis wurden sowohl Grundsätze als auch Satzung nur geringfügig, zum Teil nur redaktionell, überarbeitet und ansonsten bestätigt. Zahlreiche politische Gesichtspunkte, die verschiedene Mitglieder und Gruppen der Volksfront zu Änderungsanträgen besonders in Bezug auf die Satzung veranlaßt hatten, konnten nicht ausdiskutiert werden. Sie werden sich in der praktischen Arbeit immer wieder stellen und gelöst werden müssen.

Die Grundsätze der Volksfront beschreiben die Grundlagen, von denen ausgehend die Organisation ihren antifaschistischen und Antikriegskampf führt, sie sind keine tagespolitischen Resolution oder ähnliches, sie können nicht jeden aktuellen Diskussionsstand in der Bewegung widerspiegeln, zu dem sich die Volksfront doch immer sehr konkret äußert. So bedurften sie auch keiner tiefgreifenden Änderung.

Zur Debatte über die Satzung der Volksfront war es gekommen, weil eine große Zahl von Mitgliedern und Gruppen der Organisation bestimmte Entwicklungen der Arbeit und durchaus auch der Auffassungen von wichtigen Fragen des antifaschistischen Kampfes, des Kampfes um die tatsächliche Herstellung einer Front des Volkes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, dem sich die Volksfront verpflichtet fühlt, auch satzungsgemäß festgeschrieben haben wollten. Ein Kernpunkt dieser Diskussion ist die Frage, ob die Volksfront eine Partei sein soll oder nicht. Konkret aufgeworfen wird sie durch die Tatsache, daß die Volksfront im Jahre 1980 zu den Bundestagswahlen kandidiert hatte, wozu satzungsmäßige Vorschriften und der Parteienstatus nötig waren. Nun hat die Volksfront nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie kein Wahlverein sein will, keine Partei im hergebrachten Sinne, sondern eine überparteiliche Massenorganisation. Dementsprechend hat sie im wesentlichen auch gearbeitet, was durchaus bereits zu nennenswerten Fortschritten im Bemühen um ein einheitliches

Vorgehen antifaschistischer Kräfte verschiedener Weltanschauung und Organisation in einer Reihe von Orten und auch zentral geführt hat.

Der Kongreß beschloß unter anderem mehrheitlich, den Parteienstatus der Volksfront nicht zu ändern und den Satzungsabschnitt über die Vorschriften bei einer eventuellen Wahlbeteiligung wie gehabt zu belassen. Er legt dabei die Organisation auf keine Entscheidung fest, hält ihr Möglichkeiten offen.

Dennoch hätte natürlich zum Beispiel eine Wahlbeteiligung der Volksfront in nächster Zeit — die auf dem Kongreß nicht erwogen wurde — Auswirkungen auf die ganze Politik und auf die Möglichkeiten solcher Politik überhaupt, deshalb auch die Notwendigkeit, über solche Auswirkungen und über etwaige reale Überlegungen einer solchen Kandidatur in absehbarer Zeit zu sprechen.

Diese und andere Fragen sollen nicht in diesem Artikel diskutiert werden. Mit Nachdruck unterstützen wir alle Anstrengungen, den Einheitsfrontcharakter der Volksfront zu wahren, und zahlreiche Genossen der Partei setzen sich in täglicher praktischer Arbeit dafür ein.

Der Abschluß der „Paraphendiskussion“ sollte jetzt auch die Klärung strittiger Fragen erleichtern. Entscheidend ist die antifaschistische Arbeit vor Ort und eine gute Arbeit des Vorstandes. Der Kongreß verdeutlichte auch das Bestreben, die Volksfrontarbeit zu entwickeln und nicht mit Tendenzen, sie halbherzig durchzuführen oder für nebensächlich etwa ge-

genüber der Arbeit in Initiativen zu betrachten, offensiv auseinanderzusetzen.

Der Vorstand der Organisation wurde erweitert auf 15 Mitglieder, eine sinnvolle Verstärkung. Mit großem Bedauern allerdings nahmen die Teilnehmer des Kongresses den aus persönlichen Gründen erfolgten Rücktritt des bisherigen Volksfront-Vorsitzenden Harry Dubinsky von der Vorstandsarbeit zur Kenntnis. In einer von der Versammlung verabschiedeten Erklärung wurde Harrys Arbeit gewürdigt und festgestellt, daß die Volksfront auf seine Mitarbeit und seine aktive Einflusnahme auf die Politik der gesamten Organisation nicht verzichten kann, wobei seine Entscheidung über die Vorstandsarbeit natürlich respektiert werden muß. Harry hatte in einem Brief an den Kongreß seine Verbundenheit mit der Volksfront bekräftigt, der er als Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus und Mitglied der VVN kurz nach ihrer Gründung beitrug und der er viel gegeben hat und hoffentlich auch in Zukunft, seinen Kräften entsprechend, noch viel geben wird.

Der Kongreß verzichtete darauf, einen neuen Vorsitzenden zu wählen, da er die Leitung der Volksfront durch die anderen Gremien für ausreichend hielt.

In einem Initiativantrag, der von den Versammelten einstimmig verabschiedet wurde, sprach sich der Kongreß für die solidarische Unterstützung des Kampfes der Arbeiter für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn aus und verurteilte die Hetzkampagne und die Gewaltmaßnahmen von Unternehmern und politischer Reaktion gegen diesen Kampf. Die Volksfront bekräftigte ihren Einsatz für die Beseitigung aller Beschränkungen von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten und forderte vor allem das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Es waren auch zahlreiche Gewerkschafter als Delegierte auf diesem Kongreß anwesend.

Postbeamter Hans Meister mit Berufsverbot belegt

„Ich bin hier austauschbar“

Ganze 15 Minuten brauchte der Vorsitzende Richter des Ersten Bundesdisziplinargerichts des Bundesverwaltungsgerichts, um zu begründen, warum der Stuttgarter Hans Meister nach 25-jähriger Dienstzeit für die Bundespost nicht mehr „tragbar“ sei. Einzige Begründung: Hans Meister habe mehrfach für die DKP kandidiert; die DKP aber verfolge verfassungsfeindliche Ziele.



Vielleicht erstaunt dieser Vorgang den einen oder anderen Leser des „Roten Morgen“, der sich schon (zu sehr) an die un-demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gewöhnt hat, gar nicht so sehr. Aber ganz

so einfach ist es auch in diesem unserem Land, das das Wort „Berufsverbot“ als Fremdwort ins Ausland exportiert hat, nicht, einen Beamten mit Berufsverbot zu belegen. Seit das Bundesverfassungsgericht

sich vor einigen Jahren mit dem Problem der Berufsverbote befaßt hat, reicht dazu das bloße Eintreten für eine Partei nicht mehr aus, vielmehr muß im Einzelfall nachgewiesen werden, daß die betreffende Person gegen die geforderte Treuepflicht gegenüber dem Staat verstößt. Aus diesem Grund war Hans Meister auch in der Vorinstanz vom Bundesdisziplinargericht in Stuttgart „freigesprochen“ worden.

Wie sehr sich jetzt das Bundesverwaltungsgericht mit dem „Einzelfall“ Hans Meister befaßt, zeigte sich unter anderem daran, daß es Hans Meister in der zweitägigen Verhandlung keine einzige Frage über sein persönliches Verhalten stellte und ihn zweimal mit „Herr Hans Peter“ anredete. (Hans Peter ist ein Ex-Kollege, ebenfalls mit Berufsverbot belegt.)

Das Urteil hat große Empörung und große Solidarität ausgelöst. Der Fall wird noch Folgen haben. Auch juristisch. Der niederländische sozialdemokratische Abgeordnete Wim Albers will den Fall und die Berufsverbote überhaupt vor das Europäische Parlament bringen.

Man hat sich schon daran gewöhnt, daß Richter in der Bundesrepublik „im Namen des Volkes“ Urteile verkünden, die mit dem Volk wenig, mit dem vielbeschworenen „gesunden Volksempfinden“ dafür um so mehr zu tun haben. Aber wenn der Richter Dr. Walter Eitel in Stuttgart-Stammheim Peter-Jürgen Boock zu drei mal lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt, dann läuft es einem doch kalt über den Rücken.

Nicht so sehr wegen der fehlenden Beweise für den angeblich sechsfach begangenen Mord. Obwohl Richter Eitel auch hier nicht zimperlich war. Denn alles, was es an „Beweisen“ gab, waren die schriftlichen Aussagen zweier Zeugen, die mittlerweile mit falscher Identität im Ausland leben. Eine Beteiligung von Peter-Jürgen Boock ist nur an dem — mißglückten — Anschlag auf die Bundesanwaltschaft erwiesen. Daß Peter-Jürgen Boock vorsätzlich dafür gesorgt hat, daß der Anschlag mißglückt, hat Richter Eitel ihm nicht geglaubt. Denn solche „Beweisaufnahmen“ ist man aus Stammheim gewöhnt.

Nicht so sehr auch, weil Richter Eitel es nicht strafmildernd würdigte, daß Peter-Jürgen Boock aus der RAF „ausgestiegen“ war. Die liberale Presse hat sich sehr darüber empört, daß das Gericht das „Aussteigen“ nicht auf diese Weise belohnte. Aber „Aussteigen“ ist nicht das, was deutsche Richter heute und damals verlangten. Was verlangt wird, ist Verrat, das, was Richter Eitel das „Aussteigen“ aus „moralischen Gründen“ nennt. Wer aussteigt, ohne zu verraten, ruft bei einem Richter wie Dr. Eitel nicht Genugtuung, sondern erst recht Haß hervor. Kann das wirklich verwundern?

Nein, das eigentlich Schlimme an diesem Urteil ist etwas anderes. Es ist das Barbarische, das darin liegt, daß ein Richter das eine Leben eines Menschen in drei Leben und 15 Jahre verwandelt, weil ihm ein Leben zu wenig ist, um Rache und Haß Genugtuung zu verschaffen. Und das Allerschlimmste: diese Barbarei ist bei uns Institution.

Drei mal ein Leben lang

Auszüge aus einem Brief von Harry Dubinsky an den Volksfront-Kongreß

(...) Ich habe den Nazi-faschismus in fünf Jahren Haft gründlich kennen- und hassen-gelernt. Darum bin ich heute ein überzeugter und entschlossener Kämpfer gegen den Neofaschismus, ganz gleich, mit welcher Verkleidung er heute auftritt. (...)

Wir sollten überall, wo es möglich ist, Gemeinsamkeiten suchen, um den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Neofaschismus verstärkt voranzutreiben. Ich habe immer versucht, Gemeinsamkeiten mit allen antifaschistischen, demokratischen Kräften herzustellen. Der Volksfront ging der Ruf voraus, ein Ableger der KPD/ML zu sein. Diesen Ruf versuchte ich durch antifaschistische und demokratische Arbeit abzubauen. Wir sind heute aktiv tätig und werden von vielen Parteilosen unterstützt. Das ist gut und richtig. Ich habe mich mit den Aussagen von W. Pleck befaßt, die er 1935 auf der Brüsseler Konferenz gehalten hat und bin zu der Meinung gekommen, daß wir daraus viel lernen können. Der 3. Volksfront-Kongreß zeigte deutlich die verschiedenen unterschiedlichen Auffassungen einzelner oder auch Gruppen über die Aufgaben und die Arbeit der Volksfront. Es gibt Organisationen, die von „unseren Absichten mit der Volksfront“ heute noch sprechen. Ich habe den Eindruck, daß einige gerne aus der Volksfront

eine revolutionäre sozialistische Kampfpartei machen möchten. Ich bin der Meinung, die Volksfront sollte darauf achten, eine antifaschistische, demokratische Organisation zu bleiben. Ihre Aufgabe ist es, gegen die Reaktion und gegen den aufkommenden Neofaschismus, der von der Bonner Regierung mit Wohlwollen gefördert wird, zu kämpfen. Den Kampf gegen den Faschismus kann die Arbeiterklasse allein nicht siegreich führen. Dazu sind alle demokratisch gesinnten Kräfte zu mobilisieren. Da sollte die Volksfront eine führende und aktive Rolle übernehmen.

Seit dem 3. Kongreß hat sich einiges getan. Viele, die mal von Auflösung der Volksfront sprachen, weil sie die Aufgaben nicht richtig erkannt hatten, sind heute aktiv in der Volksfront. Ich meine, die Frage steht heute nicht mehr: Volksfront auflösen?, sondern: Die Volksfront ist notwendig und wichtig, wie können wir die Arbeit der Volksfront verbessern? Darüber sollten sich die Volksfront-Mitglieder ernsthaft Gedanken machen. Es ist notwendig, die Linie abzustechen, auf der die Volksfront mit den anderen Antifaschisten marschieren soll.

Der Hauptfeind in unserem Kampf sind die Wendepolitiker in Bonn, die mit Demagogie, Lüge und Unwahrheiten ihre Politik verschleiern, um zielebenermaßen die moralische und mili-

tärische Vorbereitung auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Dazu dienen ihnen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir sollten aufzeigen und anprangern und neue Kampfmaßnahmen überlegen und ergreifen, die wirkungsvoll sind.

Im Kampf gegen Faschismus ist die Ausländerfrage zur Zeit die aktuellste Frage. An Hand der Machenschaften der Bonner Politiker kann man deutlich und verständlich den Menschen die Gefahr der Faschisierungsabsichten aufzeigen. Denken wir nur an den Richterspruch: Die Parole „Türken raus“ sei keine Volksverhetzung. Oder der Prozeß in Frankfurt gegen Neonazis. Sie wurden nicht bestraft, weil sie Neonazis sind und mit Überfällen Terror und Nazi-propaganda lautstark auf sich aufmerksam machten, sondern weil sie einen von ihnen etwas zu hart angefaßt hatten. Das ist nun mal nicht erwünscht in unserem Lande.

Unsere Maßnahmen gegen das immer dreistere Auftreten von Neonazis müssen andere Formen annehmen. Wir müssen wirkungsvoller und sichtbar werden. Wir dürfen unsere Kräfte nicht mit „irgendwo mitwurschteln“ vergeuden. Wir müssen Pflöcke setzen, an denen sich auch andere Antifaschisten ausrichten können. (...)

Hochaktuell



Eine Broschüre der Volksfront zum Verbot der Aussperrung. Mit einem Rückblick auf die Geschichte der Aussperrung, Stellungnahmen zu den Urteilen

des Bundesarbeitsgerichts usw. usf.

Zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Marienhilfstr. 31, 5100 Aachen.

Arbeitstreffen

zum Kampf für das kommunale Wahlrecht für Ausländer

Am Sonntag, 27. Mai, führt die Volksfront NRW in Dortmund ein Arbeitstreffen durch, auf dem über das weitere Vorgehen im Kampf um die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ in NRW gesprochen werden soll. Es kommen Erfahrungen aus verschiedenen Städten zur Sprache. Es wird über den Stand der Unterschriftensammlungen berichtet, über die Vorhaben des Verbandes der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA), dessen Sammelaktion die Volksfront unterstützt, berichtet usw. Es gilt die Aktivitäten bis zur Kommunalwahl im September noch zu verbessern und zu verstärken.

Dieses Arbeitstreffen ist offen, jeder Interessierte kann daran teilnehmen — und sei auch auf diesem Wege ausdrücklich und herzlich eingeladen. Also: Kommt am 27. Mai um 12 Uhr in die Gaststätte Goymark-Schänke in der Niederhofener Straße 88 in Dortmund-Hörde!

Nachlese zum 1. Mai '84

Auch wenn seit dem 1. Mai inzwischen schon wieder einige Tage vergangen sind, möchten wir doch noch einmal darauf zurückkommen — mit einigen Korrespondenzen, die uns in der letzten Woche erreichten und die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

„Mahl der Arbeit“ in Frankfurt Korrespondenz

Zuerst war es nur eine fixe Idee, die auf dem Metallertstammtisch in Frankfurt ausbrütet wurde. Aber bei der Idee allein blieb es nicht. Auf der Demonstration am 1. Mai erhielten aktive und interessierte Gewerkschaftskollegen einen Handzettel, auf dem es unter anderem hieß:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon mal was gehört vom ‚Mahl der Arbeit‘? Nein? Macht nichts! Am 1. Mai, 19.30 Uhr vorm Eingang des Kaisersaals kann man's hautnah erfahren. Um diese Zeit spazieren nämlich Wallmann (Oberbürgermeister von Frankfurt, CDU-Mitglied und Gegner der 35-Stunden-Woche) und verdiente Gewerkschaftsfunktionäre die Stufen des Kaisersaals empor, um einen nicht zu verachtenden Festschmaus zusammen einzunehmen. Wer meint, dies diene nicht gerade dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, der soll doch einfach mal, gegen 18.30 Uhr, vorbeischauen! Vielleicht bringt jemand seinen Arbeitslosenhilfe-

bescheid mit. Den könnte man ja dann den Herrschaften erst mal vor die Nase halten, bevor genußvoll das Buffett abgeräumt wird.“

Am Abend kamen dann 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Eingang des Kaisersaals Spalier standen. Und da mußten die verdienten Gewerkschaftsfunktionäre aus der Ortsverwaltung Frankfurt durch. Für so manchen mehr als peinlich, zumal die anwesenden Gewerkschaftskollegen nicht mit entsprechenden Sprüchen und lauten Bemerkungen sparten.

Anschließend wurde dann noch zusammen bis spät abends gefeiert — bei einem „alternativen Mahl der Arbeit“. Es ist zwar nicht wahrscheinlich, daß diese Aktion eine Lehre war für die Ortsfunktionäre, aber mal sehen, ob es ihnen nicht doch auf den Wecker geht, wenn wir am nächsten 1. Mai wieder Spalier vorm Kaisersaal stehen ...

1. Mai in Ludwigshafen Korrespondenz

Zum ersten Mal seit undenklichen Zeiten fand in Ludwigshafen am 1. Mai eine Demonstration statt. Die Betriebsgruppe Dogmoch der Gewerkschaft HBV brachte unter anderem den Antrag für diese Demo ein. Ebenso der Arbeitskreis 35-Stunden-Woche und der AK Frieden und Abrüstung des DGB-Kreises Ludwigshafen.

Zuerst erhielt die BG-Dogmoch allerdings einen äußerst zynischen Antwortbrief des DGB-Vorsitzenden Bögl, der der Betriebsgruppe „viel Erfolg“ wünschte, daß sie eine Demonstration zustandebringen möge. Im übrigen wären

Versuche in den vergangenen Jahren daran gescheitert, daß die Basis kein Interesse zeige.

Nun war er doch gezwungen eine Demonstration anzumelden. An zwei Demonstrationen, die sich zu einem vereinigten, beteiligten sich ca. 220 Kolleginnen und Kollegen. Wer die Lage in Ludwigshafen kennt, wird dies als einen guten Erfolg bezeichnen. Auf der Kundgebung selbst waren dann ca. 700 Teilnehmer.

Die Betriebsgruppe Dogmoch war mit einem Transparent zur 35-Stunden-Woche und einem weiteren mit der Parole „Bei uns ist nichts zu holen, die Reichen haben die Kohlen.“

Die sollen die Krise zahlen“ vertreten. Die Partei beteiligte sich ebenfalls mit zwei Transparenten an der Demo. Eines für die 35-Stunden-Woche, für das gesetzliche Verbot der Aussperrung und „Sozialismus schafft Arbeit für alle“. Ein weiteres richtete sich gegen die Ausländerfeindlichkeit. 17

„Rote Morgen“ wurden verkauft. Insgesamt betrugen die Lit-Einnahmen 58 DM.

Das gesamte Bild der Veranstaltung war wesentlich kämpferischer und politischer als in den vergangenen Jahren, von den Reden wie von den Parolen her. Insgesamt ein sehr guter Erfolg.



Dieser 1. Mai hat wieder Spaß gemacht

Korrespondenz aus Lübeck

Auch wenn das Wetter diesmal sicherlich schlechter war als in allen Jahren vorher, so war doch die 1. Mai-Demo besser als vorher. Dies lag sicherlich

einmal daran, daß trotz des Regenwetters wie im letzten Jahr ca. 4000 Leute gekommen waren und in vielen Transparenten die aktuellen Forderungen mitgetragen wurden. Vor allem aber lag es an der Stimmung, die im IG-Metall-Block herrschte. Anders als in den Jahren zuvor hatten wir nicht nur unser Transparent und RM-Extras usw., sondern auch einen Parolenzettel und Liederzettel alter Arbeiterlieder. Parolen zur Urabstimmung überall, gegen Aussperrung und Ausländerhetze wurden während des ganzen Zuges gerufen und immer wieder die alten Arbeiterlieder gesungen. Dies lag vor allem an der IG-Metall-Jugend. So zogen wir mit der Internationale auf dem Kundgebungsplatz auf, und daran beteiligten sich ziemlich viele Kolleginnen und Kollegen.

Unerfreulich war jedoch, was man uns als Maireder bei der Kundgebung bot. Ausgerechnet ein Rappe (Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, die die Forderung nach 35 Stunden bei vollem Lohn nicht unterstützt — RM) sollte die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung zum diesjährigen 1. Mai erläutern, was er denn auch tat, ohne ein einziges Mal die 35-Stunden-Woche beim Namen zu nennen. So antwortete ihm unser Block mit dem Singen des 35-Stunden-Woche-Liedes.

aktuell Das neue RM-Taschenbuch



Analysen, Berichte, Reportagen, Bilder, Zahlen, Daten, Fakten zum „Brennpunkt Zentralamerika“. Mit einem Sonderteil Grenada und der Dokumentation: Chile 10 Jahre nach dem Putsch. 192 Seiten, mit vielen Fotos und Karikaturen nur 11,80 DM. Bestellungen an RM-Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Internationalismus

DATEN, FAKTEN
DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe
von Irland bis
Lateinamerika
von Afrika bis Asien

Schwerpunkt:
immer da,
wo DM mitmisch



WOCHENZEITUNG
DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ... ab Nr.
☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

KJD Sozialismus Camp

21. 7. bis 11. 8. 84 Weißenbach am Attersee / Österreich

Purzelnde Panther Preise

Achtung, Preisermäßigung bei Gruppenanmeldungen:

• Meldet sich eine Gruppe mit sechs Personen an, zahlt die 6. Person nur den halben Preis!

• Meldet sich eine Gruppe mit 11 Personen an, zahlt die 11. Person keinen Pfennig!

Sofort anmelden für das KJD-Zeltlager in Weißenbach am Attersee in Österreich. Der Preis: Die Teilnahme am Lager kostet (incl. Hin- und Rückreise mit dem Bus) 545,— Mark (für Leute, die mehr als 500 Mark im Monat verdienen) 445,— Mark (für Leute, die weniger als 500 Mark im Monat verdienen). Eine Woche kostet 185/150 Mark, zwei Wochen 370/300 Mark. Der Bus fährt ab Dortmund mit Zwischenhalt in Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, eventuell München. Achtung: Wer nicht mit dem Bus fährt, zahlt 30 Mark weniger. Anmelde-schluss: 15. Juni 1984. Bei späteren Anmeldungen erhöht sich der Preis um 60 Mark.

Anmeldungen, weitere Informationen: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.



3 Wochen Ferien, Freizeit, Erholung • 3 Wochen nette Leute kennenlernen • 3 Wochen spannende Diskussionen über den Sozialismus



Den hier abgedruckten Artikel entnehmen wir der neuesten Ausgabe von „Zwischenruf links“, der Zeitung der Kommunistischen Studenten (KS). Dies aus zwei Gründen: Zum einen denken wir, daß dieser Artikel eine gute Zusammenfassung der im Zusammenhang mit dem Schlagwort „Neue Techniken“ auftretenden Probleme gibt, zum anderen wollen wir damit unsere Leser auf den „ZL“ hinweisen. Der Abdruck dieses Artikels soll der Beginn einer losen, über längere Zeit gehenden Artikelfolge sein, in der diese Fragen sowohl vom Grundsätzlichen als auch vom Aktuellen her behandelt werden sollen.

Seit dem 1. Januar des laufenden „Orwell-Jahres“ wird in Ludwigshafen — im Heimatland der Bundesbirne — als Pilotprojekt Privatfernsehen gezeigt; seit Ende Februar wird Mutter Erde von einem westeuropäischen Satelliten umkreist, der auf zwei Kanälen die Völker Europas mit neuen, noch tolenen und bunten Fernsehprogrammen beglücken soll. Und im VW-Werk Wolfsburg wird seit einiger Zeit der neue Golf zu 90 Prozent von Robotern hergestellt. Die neuen Technologien machen's möglich. Ganz Bundesdeutschland soll glasverkauelt werden, und in den Betrieben und Büros sollen Computer und Roboter weitere Millionen menschlicher Arbeitskräfte überflüssig machen, oder wie es immer so schön heißt, „freisetzen“. Wir erleben derzeit eine technologische Revolution, die so gravierend unser Leben umgestalten wird, wie es allenfalls die industrielle Revolution des vorigen Jahrhunderts getan hat. Schon vielfach ist zur Problematik der neuen Technologien und Medien Stellung genommen worden. Wir wollen in diesem Artikel nicht so sehr die technischen Fragen, als vielmehr die sozialen und politischen Implikationen der technologischen Revolution und ihre Konsequenzen für die Linke untersuchen.

Der Einsatz von Mikroelektronik und Glasverkabelung wird im wesentlichen in fünf Bereichen das soziale und wirtschaftliche Leben einschneidend verändern:

1. Rationalisierung

Nachdem bereits seit 1950 im betrieblichen Sektor allein durch „klassische“ Rationalisierung (verbesserte Maschinen, elektronische Automation u.a.) die Produktivität — und das heißt für den Arbeitenden: die Ausbeutung — der menschlichen Arbeitskraft um sage und schreibe 1 500 Prozent gesteigert werden konnte (1), werden künftig ganze Industrieabläufe „japanisiert“, d.h. von Computern und Robotern geprägt sein. Zehntausende hochqualifizierter Industriearbeiter werden „freigestellt“ und ihre Arbeit von einigen wenigen getan werden. Doch hinzu kommt als neues Phänomen die erst vor kurzer Zeit begonnene, durch den Einsatz von Bildschirmgeräten, Computern und Automaten charakterisierte, gründliche Durchrationalisierung im Verwaltungs-, Büro- und Dienstle-

istungsbereich, wo zum Wehleid der Kapitalisten der Rationalisierungseffekt seit 1950 „leider“ erst 70 Prozent betragen hat (2). Siemens erhofft sich in einer Studie „Büro 2000“ die Teilautomatisierung von 43 Prozent aller Büroarbeiten (bei Behörden sogar 62 Prozent) und die Vollautomatisierung von weiteren 30 Prozent aller Büro- bzw. von 38 Prozent aller Behördenarbeiten (3).

Nachdem also in den letzten Jahrzehnten durch „klassische“ und derzeit durch zusätzliche mikroelektronische Rationalisierung der Anteil des Industrieproletariats an der BRD-Bevölkerung deutlich gesunken ist bzw. sinkt, werden in den kommenden Jahren auch die Angestelltenzahlen rapide schrumpfen. Das einzige, was weiter wachsen wird, sind die Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend und — die Profite des Großkapitals.

2. Entfremdung

Die menschliche Arbeit selbst wird immer mehr entfremdet, menschliche Arbeitsvorgänge vom Menschen gelöst und zu Funktionen der Maschine deformiert werden: Denn in dem Maße, wie Arbeitsabläufe durch den Einsatz der Mikroelektronik durchprogrammiert, zerlegt, effektiviert und kontrollierbar gemacht werden, wird der (arbeitende) Mensch zu einer mathematisch kalkulierbaren, je nach Verschleiß zu ersetzenden Größe, zu einem noch vollständigeren Anhängsel der Maschine, zu einem noch vollständiger ausbeutendem Produzenten von Mehrwert und damit Profit (4).

3. Heimarbeit

Die Einführung von Heimcomputern wird neue Formen der mit der Industrialisierung des letzten Jahrhunderts bereits totgeglaubten Heimarbeit schaffen. Der Unternehmer braucht nicht mal mehr Fabriken zu bauen bzw. Miete zu zahlen (was ja seinen Profit schmälert), da die Arbeit ja im Hause der Arbeitenden verrichtet wird. Die Arbeitenden selbst sind dafür noch isolierter voneinander, noch schwerer gewerkschaftlich und politisch zusammenzuschließen.

4. Verkabelung

Die Verkabelung der Republik, die nach Aussage des schleswig-holsteinischen SPD-Chefs Engholm ca. 60 bis 80 Milliarden DM kosten wird (5) und natürlich ausschließlich vom Verbraucher bezahlt werden soll, ermöglicht es, noch mehr

Fernsehen zu konsumieren, Bestellungen und Anfragen per Telefon und Fernseher zu tätigen, statt aus dem Hause zu gehen und damit noch mehr Bank-, Post- und Einzelhandelsangestellte zu entlassen. Die Folgen: weiterer Abbau der Kommunikation der Menschen untereinander, weiterer Abbau des eigenständigen Denkens und eigener Erfahrungen und stattdessen Manipulation und Verdummung durch die TV-Meinungsmacher, mehr Vereinzelung der Menschen.

5. Kontrolle

Die neuen Medien, wie die in einigen Betrieben geplanten oder bereits eingeführten Personalinformations- und Kontrollsysteme und vor allem die Glasverkabelung von TV und Telefon, machen eine bisher noch gar nicht zu übersehende Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung durch Kapital und Staat möglich. In dem Augenblick, wo der Telefonhörer abgenommen wird, weiß die Telefon-Bundeszentrale, daß man telefonieren will und sofort nach dem Zustandekommen des Gesprächs auch, mit wem (6).

Über die TV-Bestellungen können Verbrauchs- und Lesegewohnheiten festgestellt werden. Was im Sozialismus zur Effektivierung einer wirklichen Planwirtschaft (Bedarfs-ermittlung) dienen könnte, wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einem Mittel des Kapitals, seine Produkte kostengünstiger abzusetzen. Die Telefon- und TV-Kontrollen können allemal nur zu Überwachungs- und damit letztlich faschistischen Unterdrückungszwecken verwendet werden. Big Brother bzw. Big Capitalism läßt grüßen!

Fazit

Was man letztlich als Quintessenz der ganzen Verkabelung und der technologischen Revolution unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen festhalten kann, ist: die Arbeitskraft kann besser ausgebeutet, das Lohnniveau der Arbeiterklasse noch mehr gedrückt, die Waren besser abgesetzt, und die Leute besser vereinzelt, verdummt und überwacht werden. Alles in allem: Es zeigt sich der Kapitalismus in seiner menschenfeindlichsten Gestalt.

Man braucht wahrlich kein Pessimist, technikfeindlicher Ultra-Öko oder Apokalyptiker zu sein, um die uns bevorstehenden Veränderungen in dermaßen dunklem Licht zu sehen. Die Frage, die sich allerdings stellt, ist die nach der Absolutheit der negativen Auswirkungen der neuen Technologien. Zur richtigen Beurteilung dieser Frage sollte man die anstehende Problematik in ihrer Widersprüchlichkeit, also dialektisch betrachten, da man sonst leicht zu falschen Schlussfolgerungen kommt.

So ist es eine unleugbare Tatsache, daß Dampfkraft, Elek-

trizität und andere technische Errungenschaften nicht nur und auch nicht in erster Linie zur Verschmutzung der Umwelt, zu Hektik, Streß und Krankheit führen, sondern vor allem zu einer ungeheuren Produktivitätssteigerung und zur Beseitigung von schwerer körperlicher Arbeit im Betrieb wie auch im Haushalt. Je weniger Zeit im Betrieb und für Hausarbeiten wie Heizen, Kochen, Saubermachen u.v.a.m. verbracht wird, desto mehr steht — zumindest potentiell — für Unterhaltung, Weiterbildung, Berufsausübung der Frauen, gesellschaftliche und politische Betätigung zur Verfügung. So absurd es gerade angesichts der gerade geschilderten düsteren Zukunft klingen mag: Arbeitszeitverkürzung und Emanzipation sind ohne industriellen Fortschritt nicht möglich. Denn in dem Maße, wie die Masse der Bevölkerung gezwungen ist, Zeit für die reine Reproduktion des Lebens zu verwenden (Herstellung von lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen) wird sie auch a) der Möglichkeit der Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben beraubt sein, b) kann es keine wirkliche soziale Gleichheit geben, c) wird eine herrschende Klasse in der einen oder anderen Form nötig sein, d) ist vollständige Demokratie und Freiheit nicht möglich.

Unser kommunistischer Standpunkt

Die Kommunisten haben deshalb seit Marx immer vertreten, daß nur Industrialisierung und technische Innovation, nicht aber die Rückkehr zu scheinbar idyllischeren, „überschaubaren“, vorindustriellen Zuständen die Voraussetzung für die Ausweitung der Demokratie, für die Beseitigung der Klassenherrschaft und der Klassenüberhaupt sein kann. Ebenso wenig wie alternative Technologien „an sich“ richtig und fortschrittlich sind, sind die neuen, vom Kapitalismus eingeführten Technologien „an sich“ falsch und menschenfeindlich. Man muß als Linker alternative wie auch „neue“ (mikroelektronische) Technologien stets am Ziel der gesellschaftlichen und persönlichen Emanzipation messen. Wenn beispielsweise Biogas, Windenergie oder freie Tierhaltung im Prinzip industriell, d.h. für die gesamte Gesellschaft, nutzbar gemacht werden können (und wir Kommunisten sind überzeugt, daß sie das können), dann lohnt es sich für ihren Einsatz zu kämpfen, nicht jedoch, wenn sie lediglich für Einzelgänger oder kleinere Gruppen einen individuellen und eingeschränkten Ausweg bieten.

Fortschritt

Dasselbe gilt auch für neue Technologien. Niemals kann es dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, wenn neue Technologien Arbeitsplätze vernichten, ohne dafür gleichwertige zu schaffen, wenn sie die Arbeitswelt inhumaner machen, die Umwelt vernichten oder die soziale Kommunikation gefährden. Mit Menschen, die körperlich und seelisch krank sind von Streß, Vereinzelung, Giftgas und Radioaktivität, die demoralisiert sind durch Video- und TV-Verdummung und durch Langzeitarbeitslosigkeit, läßt sich keine Revolution machen.

Deswegen müssen wir heute, im Kapitalismus, gegen die Zwecke der TV- und Telefon-Verkabelung und gegen alle Personalinformations- und Kontrollsysteme kämpfen. Ihre

vollständige Verhinderung wird allerdings kaum möglich sein, auch wenn man auf die 30 Jahre auch wenn man die auf 30 Jahre angesetzte Glasfaserverkabelung wohl hinauszögern kann.

Kein Linker sollte sich der Illusion hingeben, eine linke Zeitung, Organisation oder Bürgerinitiative hätte auch nur annähernd die finanzielle Möglichkeit, im privaten oder Kabelfernsehen ein eigenes Programm zu machen (7). Udo Lindenberg, der sich in einem Interview etwas davon erhoffte, der „Spiegel“ oder die „Zeit“ könne ja auch ein Programm machen (8), kann uns mit diesen sozialliberalen Geistesverwirrungen da gestohlen bleiben.

Unter sozialistischen Bedingungen sähe die Sache schon ganz anders aus. Die TV-Programme würden teilweise von den Bürgern direkt gestaltet, teilweise von professionellen Journalisten, die aber einer strengen Kontrolle durch die Organe der Arbeitermacht an der Basis wie an der Spitze unterworfen sein müßten. Auch Video stellt doch nur in dem Maße eine Gefahr dar, wie andere Formen der Kommunikation verkümmern und wie Gewalt- und Porno-Videos erhältlich sind. Auch die betriebliche Rationalisierung hat bisher noch in jedem sozialistischen Land nicht zur Arbeitslosigkeit, sondern zur Erleichterung der Arbeit und zur Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung geführt. Die Ausnutzung der Rationalisierung zur ausschließlichen Humanisierung der Arbeitswelt müßte allerdings auch im Sozialismus mit Hilfe von Sozialismus, nur dem Arbeiterinteresse verpflichteter Gewerkschaften durchgesetzt werden. Eines sollte aber klar sein: Auch im Sozialismus dürfte man keinem Menschen die Möglichkeit geben, per Glasfaserkabel jederzeit über TV oder Telefon in die Wohnungen der Bürger reinzulauschen!

Die Perspektiven, die eine echte sozialistische Gesellschaftsordnung also für die Nutzung neuer Technologien eröffnen würde, machen den Kampf für eine solche Gesell-

schaft mehr als lohnend. Aber wir sollten uns auch heute schon überlegen, welche der neuen Technologien die Linke bereits heute nutzen kann. Da wäre v.a. der Einsatz von Video und Bildschirmtext (mit Hilfe des letzteren können äußerst schnell und billig Flugblätter gedruckt werden). Eine Reihe von linken Video-Gruppen (Adressen siehe unten) hat sich dieser Aufgabe ja auch bereits angenommen.

Nur vergessen wir eines nicht in unserer Tagesarbeit: Ohne den Sturz des Kapitalismus wird jede technologische Errungenschaft zu einer neuen Kette, die uns ans Kapital fesselt!

Anmerkungen:

1. Laut „Wechselwirkung“ Nr. 20, Februar 1984, S. 21. Wer sich über die technischen Einzelheiten der neuen Medien informieren will, dem seien die Ausgaben Nr. 14, August 1982, und Nr. 20, Februar 1984 anempfohlen.
2. „Wechselwirkung“ 20 '84, ebenda.
3. ebenda, S. 22 Vgl. dazu „Der Weg der Partei“ (heute: „Kommunistische Hefte“), Theoretisches Organ der KPD, Nr. 2 '80, bes. S. 28-52 u. S. 64.
4. Zur marxistischen Begrifflichkeit von „Mehrwert“ und „Ausbeutung“ siehe u.a. Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital in MEW Bd. 6, und Das Kapital Bd. 1, vierter Abschnitt, in MEW Bd. 23, S. 331-470.
5. Laut „Nordwestzeitung“ vom 6.3.84, S. 2.
6. Vgl. hierzu „Wechselwirkung“ 14 '82, S. 11.
7. Dies behauptet z.B. Karl Pawek in: Linkskurve 1/84, S. 8 f. In „Wechselwirkung“ 14 '82 wird mit derartigen Illusionen gründlich aufgeräumt, wenn auch z.T. mit u.E. fehlerhafter Argumentation.
8. In: „Odenburger Stachel“ Nr. 3, März '84, S. 34.

Adressen von Video-Gruppen:

Kurzschluß, Verein für Medienarbeit, Bachmannstr. 2 (Nebeneingang), 6000 Frankfurt 90, Tel.: (0611) 7891490.
Medienoperative Berlin e.V., Pallasstr. 8/9, 1000 Berlin 39, Tel. (030) 2152222.
Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 7800 Freiburg, Tel.: (0761) 709757.

Neu erschienen!

Zwischenruf Links

Nr. 10 April/Mai 1984
Zeitung der Kommunistischen Studenten

1,- DM

ZUKUNFT ist machbar

Hochschule im Sozialismus

Revolution in Portugal zum Jahrestag 25.4.74

Schöne elektronische Welt

Die neueste Ausgabe von „Zwischenruf links“, der Zeitung der Kommunistischen Studenten, ist Ende April erschienen. Sie enthält unter anderem Artikel über „Hochschulen im Sozialismus“ und zum 10. Jahrestag der Revolution in Portugal. Zu bestellen zum Preis von 1,- DM beim Verlag RM, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30 (zzgl. Porto).

Brennpunkt Zentralamerika

Sabotageakte, militärische Überfälle, Kommandoaktionen —
Das ist die alltägliche Bedrohung durch die Contra für das freie Nicaragua.
Vor allem in den westlichen Landesteilen, in der zum Pazifik hin orientierten Region.

Mehr als diese Aktionsformen kann sich die Contra im Osten Nicaraguas leisten. Die vorübergehende Belagerung der Stadt San Juan del Norte und andere Aktionen zeigen, daß konterrevolutionäre Kräfte hier offensichtlich Operationsgebiete, eine Basis im Lande haben, daß sie sich hier mehr leisten können.

Die Atlantikküste mit den Siedlungsgebieten vieler ethnischer Minderheiten ist ein besonderes Problemgebiet für die sandinistische Revolution. Unser RM-Reporter, der im Frühjahr Nicaragua bereiste, hat auch diese Region besucht.

Das Hauptoperationsgebiet der Contra: Nicaraguas Atlantikküste und die Siedlungsgebiete der Indianer und anderer ethnischer Minderheiten

DIE PROBLEMREGION NICARAGUAS

Reisebericht und Hintergrund

In vielen Grenzgebieten Nicaraguas herrschte Anfang 1984 mehr oder weniger offener Krieg. Ich traf in Managua eine junge Norwegerin, Mitarbeiterin der norwegischen Nicaragua-Solidaritätsbewegung, die für journalistische Arbeiten einige Orte am Rio San Juan besuchen wollte. Dieser Fluß liegt an der Südgrenze des Landes, fließt durch eine Region, in der es fast täglich zu Übergriffen der ARDE, der konterrevolutionären Banden des Eden Pastora von Costa Rica her kam, und bis heute hat sich nichts geändert. Wochen schon wartete die Genossin auf eine Erlaubnis. Sie durfte nicht dorthin. Immer wieder wurde sie vertröstet, es ging nicht zur Zeit.

Einfacher war es im Februar nach Bluefields zu reisen, der größten Stadt an der Atlantikküste Nicaraguas. Zwar brauchte man auch dafür ein Permiß, eine Erlaubnis, man muß etwas Papierkrieg führen, zu Behörden laufen, aber die Mündung des Rio Escoudido galt als ruhig.

Mit der Genehmigung in der Tasche ging's auf die Reise. Zwischen sechs und acht Stunden fährt der Bus von der Hauptstadt Managua nach Rama, einer kleinen Ansiedlung, einem Handelsplatz, benannt nach dem Siedlungsgebiet der Indianer vom Stamm der Rama. Hier, etwa in der Mitte des Landes geht es auf dem Landweg nicht mehr weiter. Es gibt keine Straßenverbindung zur Ostküste. Weiter geht es nur mit dem Schiff, das einmal am Tag den Fluß hinunterfährt. Ich kam am späten Nachmittag in Rama an, das Schiff fuhr erst am nächsten Mittag, so mußte ich bleiben und konnte mir die Stadt ansehen.

Abgesehen von dem fremdartigen Eindruck dieses Ortes — er unterschied sich in vielem von den Städten an der Pazifikküste, die eindeutig durch die spanische Kolonialzeit geprägt sind —, fiel mir auf, daß die Militärs und Polizisten hier viel weniger von der Gelassenheit und Souveränität an den Tag legten, die ich aus Managua kannte. Mehrmals wurde ich kontrolliert, obwohl Rama selbst noch ohne Erlaubnis zu besuchen war, wurde nach Reiseziel usw. gefragt. Auch am nächsten Tag, vor Abfahrt des Schiffes, nochmals genaue Kontrollen. Und auf dem Schiff nicht wenig Bewaffnete. Junge Milizionäre vor allem. Die Flußfahrt durch eine grandiose Landschaft, der Lauf des Flusses geht durch dichten tropischen Regenwald, ist ein Erlebnis.

Vorbei an kleinen Indianersiedlungen, die sehr vereinzelt an den Ufern sichtbar werden,

geht es in ein ganz anderes Nicaragua als das von der Westregion her bekannte. Auf das Fotografierverbot für militärische Anlagen werde ich vorsorglich hingewiesen, als das Schiff unterwegs an einem Militärstützpunkt kurz anlegt und einige Soldaten von Bord gehen. Die kleine Station — mit einer Artilleriestellung — ist der einzige Punkt auf der Schiffsreise, an der die Nationalflagge und die Fahne der Frente, die



Links eine typische Stadt im Westen Nicaraguas: Granada, geprägt vom Einfluß der spanischen Kolonisation. Rechts die Hauptstraße von Bluefields an der Atlantikküste, hier waren bis zum Ende des letzten Jahrhunderts die Engländer Kolonialmacht.

Zwar gibt es in Bluefields ähnlich viel Uniformierte, Polizisten, Angehörige der regulären Armee und Milizionäre, aber sie repräsentieren in keiner Weise die angesprochene Bevölkerungsstruktur. In der überwiegenden Mehrheit sind es Leute aus dem Westen des Landes, die Staatsmacht ist hier nicht in gleicher Weise Volksmacht wie in anderen Regionen Nicaraguas.

Diese kurzen Reiseeindrücke



rot-schwarze Fahne zu sehen ist. Die erwähnten Siedlungen sehen aus wie völlig unberührt von der Zivilisation, Pfahlhäuser, einige Tiere, Anlegestellen für Einbäume.

In einem weitverzweigten Flußdelta, einer herrlichen Lagunenlandschaft, erreicht man Bluefields, die „Metropole“ der Atlantikprovinzen. Auch hier bei der Ankunft strenge Kontrollen — mein Permiß wird zunächst einbehalten, ich kann es am nächsten Tag bei der Polizei gegen die Bekanntgabe meiner Hotel- bzw. Übernachtungsadresse abholen.

Nicht nur vom Baustil — Holzhäuser auf Pfählen mit rostigen Blechdächern — unterscheidet sich die Stadt von anderen in Nicaragua. Auch die Bevölkerungsstruktur ist eine andere: hier sieht man typisch „karibische“ Menschen: baumlange Schwarze — Nachfahren von geflohenen Sklaven der Karibikinseln, sieht man kleine breitgesichtige Indianer, viele Chinesen, die den Handel beherrschen, sämtliche Mischformen zwischen diesen Gruppen, und überall kan man sich englisch verständigen. Überall? Nicht ganz, ein kleines Beispiel soll das verdeutlichen. Von Jugendlichen hatte ich den Tip bekommen, einen Club zu besuchen, indem die „beste Musik der Karibik“ gemacht würde. Als ich auf der Straße einen Polizisten — in Englisch, wie jetzt gewohnt — nach der Straße frage, versteht er kein Wort. Er spricht nur spanisch! Die Erklärung ist einfach.

lassen vielleicht deutlich werden, warum es nötig ist, sich mit der Geschichte und den Realitäten in diesem „Problemgebiet“ Nicaraguas zu beschäftigen. Nicht nur wegen der aktuellen Orientierung der Contras auf diese Region, sondern auch, weil es selbst ohne diese Angriffe eine besondere Schwierigkeit der sandinistischen Revolution darstellen würde.

Der Problemkreis Atlantikküste — oder genauer der Provinz Zelaya — umfaßt histo-

rische, kulturelle, ethnische, soziale und ökonomische Momente. Dabei muß noch zwischen der reinen Küstenregion und dem inneren Zelaya differenziert werden. Das gesamte Departement Zelaya war bis 1894, als es unter dem Präsidenten Zelaya Nicaragua eingegliedert wurde, in englischem Besitz gewesen. Die Atlantikküste selbst ist nur ein Landstreifen, der sich, im Norden durch den Rio Coco begrenzt,

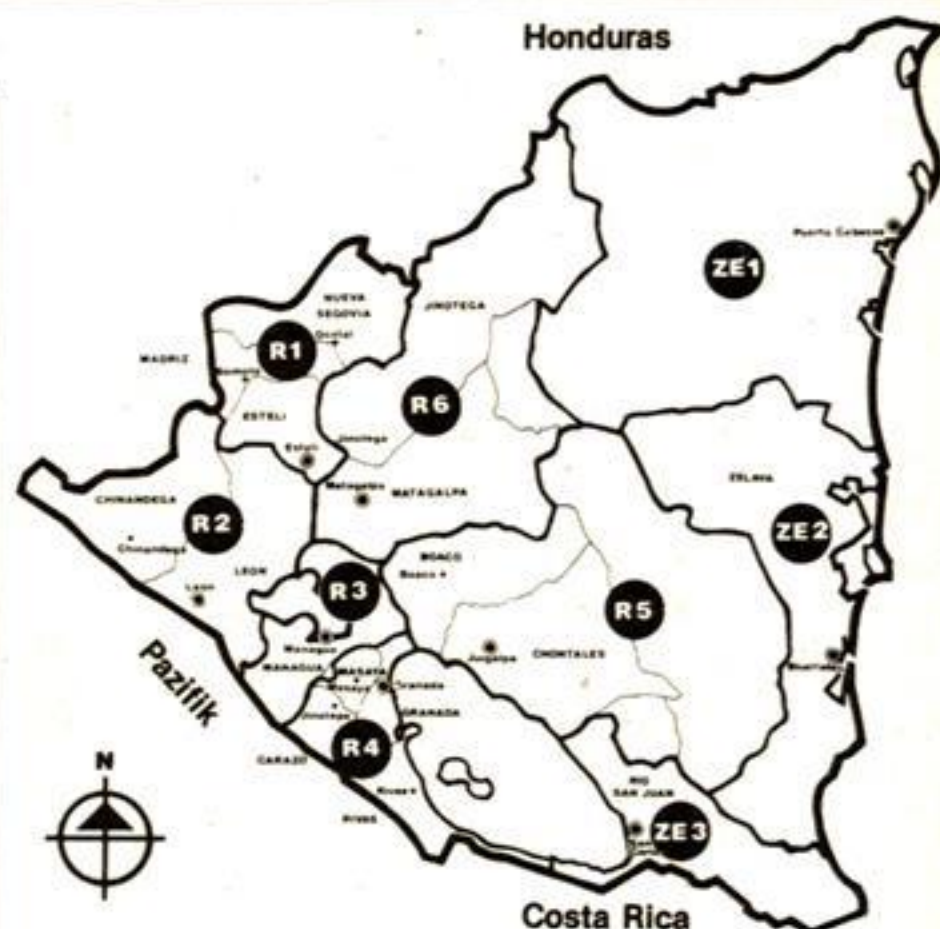
den Atlantik entlang bis südlich von Bluefields erstreckt. In dieser Zone gibt es ein Konglomerat, ein Gemisch der verschiedensten Volksgruppen, dort leben auch die Miskitos. Das ganze Zelaya macht aber 56 Prozent des Landes aus. Der überwiegende Teil des (inneren) Zelayas wird von bäuerlichen Mestizen (Mischlingen zwischen Spaniern und indianischen Ureinwohnern) bevölkert, die von der Pazifikküste her auf der Suche nach Land nach Osten ausgewandert sind. Trotzdem

General Sandino über die Atlantikküste

„Es sind tausende und abertausende von Indios — Sumas, Zambos, Miskitos und Kariben, die die Atlantikküste Nicaraguas und die Mündungsgebiete ihrer Flüsse besiedeln. Auch wenn es nie eine offizielle Volkszählung gegeben hat, so ist es mir doch mit Hilfe von Oberst Rivera gelungen, ihre gesamte Anzahl auf über 100.000 einzuschätzen. Im Verlauf meines Krieges traf es sich, daß ich hierhin kam, und mir wurde klar, daß die Küste ein Teil unserer Wirklichkeit ist, denn sie gehört auch zu Nicaragua. Und ich nahm mir fest vor, daß ich, sobald der Unabhängigkeitskrieg zu Ende wäre, nicht etwa die verlockenden Einladungen, die ich aus Paris, Buenos Aires und Mexiko erhielt, annehmen wollte, wo ich mich doch nur zur Schau stellen lassen würde wie ein Filmstar, ein Tango-Sänger, wie ein sich präsentierender Politiker oder Botschafter, sondern daß ich vielmehr hier am Rio Coco bleiben wollte, der wildeste, aber zugleich auch der schönste Teil unseres Vaterlandes. Um sie aus

der Barbarei zu befreien, in die sie erst die feudal-kolonialistische und im Anschluß die kapitalistische Ausbeutung gestürzt hat. Um alles nur mögliche zu tun, damit diese armen Indios, die das Mark unserer Rasse sind, an der Zivilisation teilhaben können. Ich möchte diesem Werk wenigstens zu einem guten Anfang verhelfen, in der Hoffnung, daß unsere zukünftigen Generationen und Regierungen sich dann weiter dieses Problems annehmen, das für die ökonomische und moralische Entwicklung Nicaraguas von fundamentaler Bedeutung ist. Diese unberührte Region umfaßt mehr als die Hälfte des nationalen Territoriums; allein durch ihre Erschließung, indem man ihr die Zivilisation bringt, könnte man Nicaragua zu einem würdigen und anerkanntesten Land machen.“

Augusto Cesar Sandino im März 1933, nach der Vertreibung der US-Truppen aus Nicaragua im Gespräch auf einer Cooperativa am Rio Coco. Ein Jahr später wurde Sandino ermordet.



Die Zoneneinteilung Nicaraguas zeigt, daß die gesamte Atlantikküstenregion in Spezialzonen eingeteilt ist (ZE = Zona especial), die von der Zentralregierung in Managua als besonders förderungswürdig und unterstützungsbedürftig angesehen werden.

Die ursprüngliche Region Zelaya umfaßt auch noch weite Teile der heutigen Region Nr. 5.

ist der ganze Osten viel weniger besiedelt als die westlichen Landesteile. Grobe Schätzungen lauten, daß etwa 250.000 Mestizen dort leben, 27.000 Kreolen und Schwarze, 8.000 Indios vom Stamme der Suma, 500 bis 1.000 vom Stamme der Rama und rund 60.000 Miskitos.

Ein in der Provinz geborener und lebender Sandinist berichtete über die Verhältnisse in Zelaya im Januar dem nicaraguanischen Nachrichtendienst „envio“: „Jede einzelne dieser Rassen hat ihre Eigenheiten. Was sie verbindet, ist die historische Entfremdung. Der englische Kolonialismus und die nordamerikanische Ausbeutung hat ihnen die Identität geraubt. Und so, wie es meinen Vorfahren verboten war, „garifono“ (Sprache einer Untergruppe der Kreolen, RM) zu sprechen, und meine Großeltern mit ihrer Sprache ihre Geschichte verloren, erging es auch den übrigen ethnischen Gruppen in vielfacher Hinsicht. Sie sind Völker, Rassen ohne Identität. Sie haben keine Geschichte, mit der sie sich identifizieren könnten. Ihr kultureller Rahmen wurde von den großen Industriegesellschaften bestimmt, die ins Land kamen, um sie auszubeuten, und die erreichten, daß die Urbewölkerung aufhörte, sich mit ihren eigenen Werten zu identifizieren. Es ist eine wahre Tragödie: An der Atlantikküste gibt es keine nationale nicaraguanische Identität. Und gerade hierin besteht die Herausforderung: Wir müssen uns eine Identität schaffen. Natürlich ist das ein langwieriger Prozeß. Von allen Rassen kennt man im Ausland fast nur die Miskitos. Schon seit 1980 werden sie von vielen als eine Art „Streitross“ angesehen. Von den Kreolen, den armen Bauern in der Region, spricht keiner. Alles dreht sich um die Miskitos. Aber die Realität der Atlantikküste umfaßt mehr als die Welt der Miskitos, und deren Welt ist auch weit vielschichtiger als man oft glaubt.“

Aber gerade wegen der international geführten Diskussion über die Miskito-Frage ist es wichtig, sich darüber genauer zu informieren — was aber nicht sämtliche Frage der Revolution im Osten Nicaraguas erklären kann.

Die Miskito-Indianer leben im nördlichen Teil der Atlantikküstenregion Nicaraguas. Ihr Siedlungsgebiet ist das Land rechts und links vom Rio Coco, der heute die Grenze zu Honduras bildet. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Zum einen

verläuft diese Grenze dort erst seit 1958, als Luis Somoza einen großen Landstreifen nördlich des Flusses an Honduras abtrat. Ein Beschluß, den der internationale Gerichtshof in Den Haag 1960 beglaubigte, und der für die Regierung in Managua bindend ist. Aber die Grenze hat natürlich nach der sandinistischen Revolution von 1979 einen ganz anderen Charakter bekommen. War der Fluß vorher zwar auch Grenze, aber zwischen zwei Diktaturen, die ihr Land an die USA verkauft hatten, so änderte sich das nach 1979 strikt. Jetzt war der Fluß Rio Coco Grenze zwischen Revolution und Konterrevolution, nicht zufällig sammelten sich die Reste von Somozas geschlagener Nationalgarde gerade hier in für sie befreundetem Land.

Eine weitere Besonderheit der historischen Entwicklung dieser Region ist das massive Treiben verschiedenster aus England, den USA und Deutschland kommender protestantischer Sekten. Die Atlantikküste ist — noch heute — bevorzugtes „Missionsgebiet“ der „Herrenhuter“, der „Brüder-Unität“, der „Mährischen Kirche“ der Zeugen Jehovas, der Evangelisten vom „7. Tag“, vom „letzten Tag“ usw. usf. Alle diese Sekten verbindet ein militanter Antikommunismus, und sie waren es, die die einzigen Herrschaftsstrukturen errichteten. Durch ein Netz von Laienpredigern und Priestern aus der einheimischen Bevölkerung schufen sie enge Verbindungen zu ihren Kirchen und schufen Machtstrukturen.

Denn jahrzehntlang war die ganze Region von der Zentralregierung Somozas praktisch in ihrer Gesamtheit an amerikanische Companies abgetreten worden. Diese Konzerne waren die eigentlichen Machthaber, sie beuteten Minen, Wälder und Bananenplantagen aus. Die dort lebende Bevölkerung hatte kaum oder gar keine Erfahrungen mit der Brutalität und dem Terror der Nationalgarde Somozas gemacht, hatte auch kaum oder gar nicht am Befreiungskampf teilgenommen. Speziell die Miskitos waren in großem Umfang bei den multinationalen Konzernen aus den USA beschäftigt gewesen. Der Rückzug der amerikanischen Konzerne nach 1979 bedeutete für viele von ihnen auch den Verlust von Arbeit. Viele von ihnen übernahmen aufgrund dieser Bedingungen das Bild der Sandinisten als „kommunistische Terrorban-



Jugendliche in El Bluff im Osten Nicaraguas

den“ und fühlten sich überhaupt nicht von der sandinistischen Revolution befreit.

Die Revolution aber herrschte nach 1979 auch über das Gebiet von Nicaragua, in dem es kaum Straßenverbindungen gab, keine Telefonleitungen, ein kaum entwickeltes Postwesen, kurz, ein Gebiet, das fast gar nicht mit dem Teil des Landes verbunden hatte, in dem der revolutionäre Kampf den Diktator Somoza hinweggefegt hatte.

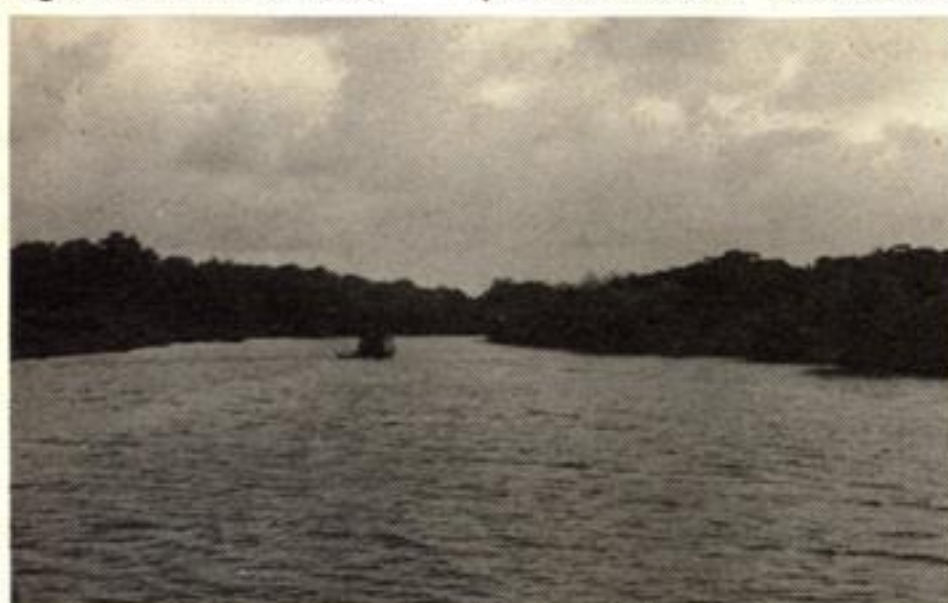
Junge, unerfahrene Sandinisten gingen an die Atlantikküste. Sie hatten bis dahin kaum Berührungspunkte, keinerlei Erfahrungen mit den Indianern und den anderen dort lebenden ethnischen Gruppen gehabt. Sie konnten sich nicht vorstellen, was die Behauptung ihrer kulturellen Identität für diese Menschen bedeutete. Die Bewohner der Atlantikküste ängstigten sich vor allem vor einem von Managua ausgehenden „Angleichungsprozeß“.

Die revolutionäre Junta in Managua setzte eine vereinigte sandinistische-indianische Massenorganisation ein, die Misurasata, die die indianischen Interessen vertreten sollte. Aber genau diese Organisation war von Anfang an Konfliktherd, es begann mit Auseinandersetzungen um kulturelle Fragen, ging über ökonomische bis hin zur nationalen Frage, die von vielen mit der Loslösung von Nicaragua beantwortet wurde.

Noch im August 1981 erklärte der damalige Minister der sandinistischen Regierung für die Atlantikküste, William Ramirez: „Wir wollen ein Beispiel in Amerika dafür sein, was eine Revolution für die Indianer bedeuten kann.“ Heute gibt es schon viele Selbstkritiken zu dieser Politik der Regierung, eine ganze Menge Fehler sind gemacht worden. Die daraus entstandenen Probleme sind eine besondere Schwierigkeit der Entwicklung Nicaraguas.

Es begann damit, daß die Alphabetisierungskampagne zunächst auch in Zelaya ausschließlich in Spanisch geführt wurde, eine Fremdsprache für die meisten Bewohner dort. Das wurde schnell korrigiert, aber ein zweiter, sehr großer Konfliktherd war die Landfrage. Traditionell hatten die Indianerstämme ihr Land in Kollektiveigentum. Die Stämme bebauten es gemeinsam. Die Zentralregierung erkannte diese Eigentumsform nicht an, das Land wurde verstaatlicht. Zwar wurden die Bewohner dabei nicht vertrieben, oft war es auch lediglich eine formale Änderung des Rechtstitels auf das Land, aber die Gräben zwischen den Sandinisten und der indianischen Bevölkerung wurden noch tiefer.

Dann gab es in der Führung der Misurasata Führer, die jeden Konflikt ausnutzten. Zu ihnen gehörte in erster Linie ein Mann namens Steadmann Fagoth Muller, der als erster separatistische Forderungen aufstellte. Die Regierung verhaftete daraufhin die gesamte Führung dieser Organisation und klagte sie wegen Separatismus an. Massive Proteste der Miskitos befreiten Fagoth wieder aus dem Gefängnis. Er und andere Führer gingen herüber nach Honduras. Sie schlossen sich mit den ehemaligen Somoza-Nationalgardisten zusammen und nutzten ihren großen Einfluß in der Bevölkerung zu massiver Politik gegen die sandinistische Revolution. Sie hetzten und hetzen noch heute über den Radiosender „15. September“, verbreiten Schaurmärchen, greifen die religiösen und kulturellen Traditionen der Indianer auf, um gegen den Sandinismus zu mobilisieren.



Auf dem Schiff den Rio Econdido hinunter: Junge Milizionäre mit ihrer Zeitung „Barricada“, dem Organ der FSLN.



Die sandinistische Monatszeitung „Sunrise“ für den südlichen Teil Zelayas. Die Zeitschrift erscheint zweisprachig. Das „offizielle“ Spanisch ist vertreten, wie auch die gängige Umgangssprache der Region, Englisch. Aber man hat mit der monatlichen Herausgabe dieses Blattes noch große Schwierigkeiten. So war in der größten Stadt an der Atlantikküste, in Bluefields, selbst Mitte Februar 1984 lediglich die Dezember-Ausgabe von 1983 zu bekommen.

Vor allem aber griffen sie auch militärisch ein, organisierten Übergriffe, setzten ganze Dörfer unter Druck, versuchten mit allen Mitteln Menschen nach Honduras herüberzuziehen, wo sie zwar auch in ihrem alten Lebensraum leben, aber in großen Lagern mit US-Hilfe organisiert, ausgebildet und umerzogen werden sollen.

Große militärische Auseinandersetzungen im Dezember 1981 an der Grenze zu Honduras, eben am Rio Coco, die sogenannte „Rote Weihnacht“ war der Anlaß für die sandinistische Regierung, ein breites Umsiedlungsprojekt zu starten. Um die Menschen aus dieser immer kriegsrischer werdenden Zone, aus dem Raum zwischen den Fronten, herauszuhalten, sollten 40.000 Miskitos umgesiedelt werden. Die antisandinistische Propaganda baute die Sache groß auf, in KZ's wolle man die Indianer verschleppen, ein Massenexodus nach Honduras begann. Es blieben nur rund 8.000 Menschen im nicaraguanischen Grenzgebiet.

Für sie hatte die Regierung eine moderne Siedlung gebaut, das Dorf Tasba Pri. Dorthin zu ziehen wurde den Indianern befohlen. Die Umsiedlung war — auch nach Aussagen heutiger Bewohner Tasba Pri von den Soldaten der Zentralregierung korrekt durchgeführt worden. Aber da die ganze Aktion wegen der militärischen Situation an der Grenze sehr schnell und sicherlich auch hektisch durchgeführt wurde, ergaben sich neue Probleme. So wurden die alten Dörfer niedergebrannt, zurückgebliebenes Vieh erschossen, um den Contras von der anderen Seite keine Möglichkeit für Unterkunft und Verpflegung zu geben. Das war natürlich schwer für die Umsiedelnden, die ihre alten Dörfer in Schutt und Asche zurücklassen mußten. Tasba Pri — eigentlich ein Musterprojekt für eine solche Aktion, schuf auch neue Probleme. Zwar konnten hier die alten Kirchen, die unter den Miskitos arbeiteten, weitermachen, auch traditionelle Heilkunde steht gleichberechtigt neben westlicher Medizin, aber natürlich ging viel von der traditionellen Lebensweise der Miskitos verloren. Dazu kommt die Dauerhetze des Senders

„Radio 15. September“ — der Einfluß der Konterrevolution ist immer noch sehr stark.

Zwar hat sich die konterrevolutionäre Führung der Miskitos inzwischen gespalten, aber stark ist sie immer noch. Steadmann Fagoth — der auch in den USA gern begrüßt wird, setzt voll auf die Unterstützung durch Ronald Reagan und preist ihn als Retter der Miskitos, während ein anderer einflußreicher Führer der Miskitos, Brooklyn Rivera, sich an die Seite Eden Pastoras geschlagen hat, der sich so gibt, als sei er unabhängig von den USA gegen die sandinistische Revolutionsregierung.

Aber egal, ob mit dem „Unabhängigen Pastora“ oder mit den Kräften, die vor allem aus Somozas alten Getreuen bestehen, werden die Miskitos und andere Minderheiten nur als Spielball reaktionärer Kräfte benutzt, die alles andere, nur nicht die Verteidigung der Rechte ethnischer Minderheiten in Mittelamerika auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Tragik dieses Konflikts liegt auch darin, daß die geflohenen und die oppositionellen Indianer Nicaraguas gegen die erste Regierung des Landes kämpfen, die es je versucht hat, ein Programm zugunsten der indianischen Minderheiten zu entwickeln und durchzuführen.

Dieser — seit der Revolution 1979 andauernde Konflikt, die Probleme, die aus der geschichtlichen Entwicklung und der konkreten Politik der Regierung in Managua entstanden ist — muß berücksichtigt werden, wenn man verstehen will, warum sich die Contra so vehement um diesen Landesteil kümmert, hier versucht Stützpunkte, eine Basis gegen die Revolution zu schaffen.

Zur Information:

Informationen zum Thema: Wendy Tyndale: Die Miskito Flüchtlinge in Honduras, Artikel in „Pulverfaß Zentralamerika“, Hammer Verlag 1983.

Nachrichtendienst „Envio“-Januar Ausgabe 1984 zu beziehen über Edition Nahua, Wuppertal.

„Nationale Revolution und indianische Identität“ — Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste, herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V. Wuppertal, Taschenbuch der Edition Nahua, Wuppertal.

Nach internationaler Hetzkampagne

Attentat auf Ghaddafi

Offensichtlich ermuntert durch die internationale Hetzkampagne gegen den libyschen Staatschef Ghaddafi haben in der vergangenen Woche ultrarechte Gegner in der Hauptstadt Tripolis versucht, Ghaddafi umzubringen. Armee-Einheiten konnten das Attentat vereiteln.

Ausgerechnet in London, dem derzeitigen Zentrum der Hetze gegen Libyen, bekannte sich eine Gruppe von Exil-Libyrern zu dem Attentat. Ziel des Mordanschlages sei es gewesen, Ghaddafis Regime zu stürzen und eine „demokratische Zentralregierung“ zu installieren.

Nach dem Streit um die Vorgänge in der libyschen Botschaft in London hieß es immer wieder, Ghaddafi unterdrücke die „demokratische“ Opposition, die ins Ausland geflüchtet wäre. Was das für eine Opposition ist, liegt jetzt auf der Hand. Die von westlichen Staaten so hochgelobte Opposition ist eine ultrarechte Vereinigung islamischer Fundamentalisten. Was sie mit Washington und London verbindet, ist einzig und allein ihr Haß auf Ghaddafi.

Die Moslembruderschaft, die hinter dem Mordanschlag steht, hat nichts anderes im Sinn, als sämtliche fortschrittlichen Errungenschaften in Libyen wieder zu beseitigen. Sie vertritt reaktionäre Kreise, denen Ghaddafi den Kampf angesagt hat. Man mag zu dem libyschen Revolutionsführer stehen, wie man will, Tatsache ist, daß es eine Menge sozialer und politischer Veränderungen in den 15 Jahren seiner Regierung



Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Ghaddafi

gegeben hat, die — vor allem in der arabischen Welt — ihresgleichen suchen.

Der Kampf gegen Wohnungsbauspekulation, die praktisch nur symbolischen, extrem niedrigen Mieten, ein beispielhaftes System von Krankenversorgung und ein weitentwickeltes Bildungssystem sind den Reaktionären und den entmachteten Reichen im Lande ein Dorn im Auge. Der Versuch der Rechten mit Terrorismus gegen Ghaddafi vorzugehen, zeigt, daß sie im Volk keine Unterstützung haben und auf Helfer bei den westlichen Imperialisten angewiesen sind.

Widerstand in Chile

9. Nationaler Protesttag

Vor genau einem Jahr fand in Chile der erste nationale Protesttag statt. Diese Widerstandsform, massenhafte Aktionen wie Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks und Boykottmaßnahmen ist Ausdruck des Willens der Bevölkerung, die Pinochet-Diktatur zu stürzen.

Am vergangenen Freitag war der neunte nationale Protesttag angesagt. In der Hauptstadt Santiago de Chile und in den großen Städten Valparaiso und Concepcion kam es zu großen Demonstrationen und Straßenkämpfen. Im Kampf mit Polizei und Militär wurde in der Hauptstadt wieder ein Teilnehmer der Protestaktion getötet. Ein 18-jähriger wurde von einer Polizeikugel getroffen. Sieben weitere Menschen wurden verletzt. Der brutale Polizeieinsatz hatte zur Folge, daß die Demonstranten Straßensperren und Barrikaden errichteten und diese mit brennenden Autoreifen absicherten. Trotzdem gelang es der Polizei allein in Santiago 130 Menschen festzunehmen.

Seit dem ersten nationalen Protesttag am 11. Mai 1983 wurden insgesamt schon 60 Menschen von der Polizei und

dem Militär während der Widerstandaktionen ermordet.

Die breite Protestbewegung in Chile, die weit über das linke Spektrum hinausgeht, will die Aktionen jetzt erweitern. Ohne ein genaues Datum anzugeben, ist für die nächste Zeit ein Generalstreik angesagt worden. Dieser Streik, vom Zusammenschluß der Gewerkschaften, CNT, angekündigt, soll von der gesamten Opposition Chile, bis hin zu christdemokratischen Kreisen, unterstützt werden.

Neben der politischen Unterdrückung sind es vor allem die katastrophalen Bedingungen, die den Protest nähren. Massenhafte Arbeitslosigkeit, sogar offizielle Zahlen lauten um 30 Prozent — und eine galoppierende Inflation lassen das Regime Augusto Pinochets ins Wanken geraten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



13 000 Frauen machten Putz in Bonn



„Nicht nur Blumen, sondern Rechte fordern wir“ — unter diesem Motto hatten Frauen aus den verschiedensten Organisationen aufgerufen, am Samstag vor Muttertag gegen die frauenfeindliche Wendepolitik zu demonstrieren und 13000 Frauen waren gekommen. Damit haben sie eines auf jeden Fall schon mal zustande gebracht — die größte Frauendemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik!

Hauptthema auf der Demonstration war zweifellos die Arbeitslosigkeit und der Versuch von Unternehmern und Regierung, die Frauen wieder „heim an den Herd“ zu schicken. „Unverblümt: Laßt euch nicht verkohlen“, hieß es auf verschiedenen Schildern und Transparenten dazu. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn wurde vor allem auf gewerkschaftlichen Transparenten zahlreich gefordert. Weitere Hauptthemen: die Pläne zur Verschärfung des § 218 und die Absicht der Bundesregierung, Frauen als Frei-



willige zum Bund zu holen.

Apropos Gewerkschaften: wie schon bei den Auseinandersetzungen um den 8. März haben sich die Gewerkschaftsfrauen auch bei dieser Muttertagsaktion wenig da-

von beeindrucken lassen, daß der DGB-Vorstand die Aktion nicht unterstützen wollte. Im Gegenteil. Der „Putz“, den die Frauen in Bonn machten, war entscheidend von ihnen mitgeprägt.

Heinrich Böll „Die neue Klasse“

Gegen die Bemerkung Heiner Geißlers, die Spender aus Industrie und Wirtschaft hätten sich nicht besonders entreichert, polemisierte Heinrich Böll in einem Beitrag zum Duisburger Kongreß „Gegen Zensur — für Meinungsfreiheit“:

Seit kurzem gibt es eine neue Klasse in der Bundesrepublik: die Entreicherten. Eine unfassbare Klasse. Entreichert — müßte das heißen: verarmt? Dunkle Poesie, die der Phantasie Futter gibt. Haben sich die Entreicherten ihres Reichtums begeben? Waren sie reich, sind jetzt arm? Oder haben sie sich gar, indem sie sich — vorübergehend — von einigem Reichtum trennten, bereichert, wie es der Flick-Konzern vorerzählt hat, der — schwuppdiewupp — aus zehn Millionen deren dreizehn machte, indem er zehn spendete, acht zurückbekam und fünf an Steuern sparte; oder jene reumütige, auf bescheidene Weise „entreicherte“ Dame in Bonn, die nur 1000 spendete, 5000 bescheinigt bekam, etwa 2500 Mark an Steuern sparte, sich, indem sie sich um 1000 entreicherte, um 1500 Mark bereicherte?

Die dunkle Poesie des Familienministers verursacht Herzklopfen und Ängste, fütterte die Phantasie. Darf man wenigstens erfahren, wer alles sich da aus staatstragenden Motiven „entreichert“ hat und nun wahrscheinlich der Verarmung ausgeliefert ist? Aber das stockt einem der Atem: Das sind ja lauter unbeschol-

tene Leute, soll deren Name in die Öffentlichkeit gezerzt werden? Oder sind es etwa (bisher) unbescholtene Firmen, die da seit Jahren den Staat — sozusagen — auf den Armen getragen haben? Warum wird das staatstragende Geld, bevor es heimkehrt, nach Liechtenstein oder Luxemburg getragen? Sind denn die deutschen Banken und ihre Konten etwa nicht staatstragend? Sind die etwa nicht unbescholtene?

Schelte handelt sich jeder ein, der Vorschriften oder Gesetze verletzt — Schelte von der Polizei oder vom Gericht. Solange er nichts Scheltenswertes getan hat, ist er unbescholtene; wenn er aber — nun, dann muß er — da wir vor dem Gesetz alle gleich sind — Papa Staats Zeigefinger wenigstens zu sehen bekommen — und ist nicht mehr ganz unbescholtene.

Unbescholtene Entreicherte — soll das etwa heißen: amnestierte Verarmte? Wahrscheinlich geht es hier um die Ärmsten der Armen, die ja schon immer die Hauptgeldgeber für „staatspolitische Vereinigungen“ waren: das Scherflein der Witwe, die da die letzten Groschen hinschmeißt, auf daß der Staat nicht verkom-

me und die richtigen Leute die richtigen Posten bekommen: Familienminister, Arbeitsminister, Wirtschaftsminister, Bundeskanzler. Es wird Zeit, vor den Wohnvierteln der „Entreicherten“ Suppenküchen aufzufahren zu lassen. Die Arbeiterwohlfahrt ist gefragt. Die Witwe, die da ihre letzten Groschen geopfert, die sich unbescholtene entreichert hat, muß geholfen werden, sie darf nicht gescholten werden, ihr guter Ruf ist ihr einziger Besitz. Sie wußte ja gar nicht, daß das Geld in Liechtenstein gewaschen werden mußte, weiß überhaupt nicht, was das ist: Geld waschen. Ihre Groschen sind doch immer sauber.

Alarm ist geboten: Die Ärmsten der Armen, unbescholtene Menschen, redlich und stets untertan, sie sollen in Verruf gebracht werden. Vor dem Gesetz sind zwar alle gleich, aber hier kann man doch einmal Gnade vor Recht walten lassen, auf daß die Anzahl der unbescholtenen Bürger sich nicht vermehre, wo doch ohnehin die Kriminalität ständig steigt. Die Gulaschkanonen der Arbeiterwohlfahrt müssen gerüstet werden: Suppe, Gulasch, zum Nachtisch Vanillepudding.

Zum Schluß eine — zugegeben verspätete — Bitte: Nicht lachen, bitte nicht lachen: im Hals steckenbleiben darf das Lachen. Die Entreicherte, d. h. die Verarmung des Rechtswesens, nimmt zu.

Sturz des Familienministers



Ein besonderes Ereignis am Rande der Bonner Frauendemonstration war zweifellos der Sturz des Familienministers. Hauptakteure dabei: Frauen, Kinder, einige, wenige Männer. Zwei Polizisten, die das Ereignis interessiert verfolgten, wollten zwar nicht mitmachen, griffen aber auch nicht ein...

Ort des Geschehens: der Stand der KPD am Bonner Hofgarten. Dort stand eine Holzvorrichtung, von einer Genossin aus Bremen erdacht und konstruiert, bei der man den Familienminister — bzw. sein Porträt — mit einem richtig geworfenen Tennisball zum Sturz bringen konnte. Drei Würfel für 10 Pfennig. Traf der Ball richtig, kippte das normale Geißler-Porträt um, und Geißlers Gesicht erschien neu — diesmal mit einem zerplatzten Ei im Gesicht.

An Menschen, die den Familienminister stürzen wollten, herrschte kein Mangel. Jedenfalls an diesem Samstag.



tz. München

„Mein Sohn, deine Sünden sind dir vergeben“

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Ellen), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 486529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.